

# Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Platzvorzügen ausgeschlossen. ♦ Postkassen-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Billale Bochum, Bittoriastr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Mittelverband Bochum.

## Sicherung unserer Schlagkraft.

Der letzte Geschäftsbericht unseres Verbandes ist ein Dokument der Not, aber auch ein lebendiger Beweis für den unbeugsamen Kampfeswillen und den Opfersinn der freiorganisierten Bergarbeiter. Ein Dokument der Not, weil aus ihm ersichtlich ist, daß im letzten Jahre weit über hunderttausend Bergarbeiter entlassen und viele Millionen Feierschichten eingelegt wurden. Ein Beweis der Kampfes- und Opferbereitschaft, weil trotz Massenentlassungen und Kurzarbeit die Einnahmen des Verbandes ebenso groß wie im Vorjahre waren. Diese Leistungen stehen in der über vierzigjährigen Geschichte unseres Verbandes einzigartig da. Sie sind zugleich ein heroisches Beispiel für die kameradschaftliche und soziale Hilfsbereitschaft unserer Verbandsmitglieder, da es nur auf diese Weise möglich war, in erhöhtem Maße die Unterstützungen zu zahlen, auf die in Not geratene Kameraden statutarischen Anspruch haben. Sie sind aber auch ein Beweis dafür, daß selbst in einer Zeit schwerster Not der Organisationswille der Bergarbeiter nicht zu erschüttern und die Treue zum Verband, trotz böswilliger Gegnerschaft, nicht zu untergraben ist.

Was für das letzte Jahr gilt, muß für dieses Jahr besonders Geltung haben. Soweit es in dem Willen und der Kraft der in Arbeit stehenden Kameraden liegt, müssen durch eine bestmögliche Beitragszahlung die Mittel beschafft werden, die für die verschiedenen Unterstützungszwecke notwendig sind. Darüber hinaus wird, genau wie im letzten Jahre, ein Teil des Verbandsvermögens bereitgestellt werden müssen, um die ungeheure Notlage zu lindern, in der sich viele Verbandsmitglieder infolge der schlechten Wirtschaftslage befinden.

Da wir aber nicht nur unsere Aufgabe darin sehen, uns gegenseitig zu unterstützen, sondern unter allen Umständen eine Kampfesorganisation sind und bleiben wollen, müssen wir unser Augenmerk auch auf die allgemeinen Verhältnisse richten. Wenn wir dabei beobachten, daß die Zuspitzung der wirtschaftlichen Not den Unternehmern als Anlaß dienen soll, die gewerkschaftlichen und sozialen Erregenschaften radikal zu beseitigen, dann kennen wir das Gebot der Stunde. Nie und nimmer werden wir es dulden, daß die mühsam erkämpften Rechte von reaktionären Unternehmern und politischen Abenteurern gefährdet werden. Nie und nimmer wird sich die deutsche Arbeiterschaft

lampflos dazu bereit finden, daß man ihren Lebensstandard auf die Stufe primitiver Völkerschaften herabdrückt. Daß in Unternehmerkreisen diese Absicht besteht, beweisen uns nicht nur die letzten Tarifkonflikte, sondern auch die verschiedensten Schwarzmalereien, wie sie neuerdings sogar in der linksbürgerlichen Presse zu finden waren. Der Arbeitererschaft, insbesondere den Bergarbeitern, stehen daher zweifellos neue und schwere Auseinandersetzungen mit dem Unternehmertum bevor. Deshalb wollen und müssen wir dem Verbands auch die finanzielle Kampfeskraft erhalten.

Kameraden! Auf Grund dieser Tatsachen und Erwägungen haben Vorstand, Beirat und Kontrollausschuß unseres Verbandes in einer Sitzung am 19. Juli d. J. einstimmig einige Statutänderungen beschlossen. Nach diesen Beschlüssen sollen neben einer Senkung der allgemeinen Ausgaben auch einige Änderungen in den Unterstützungsfällen eintreten. Wie diese Änderungen im einzelnen aussehen, wurde schon in der letzten Nummer der „Bergbau-Industrie“ ausführlich dargelegt und ist auch in dieser Nummer auf der letzten Seite wieder zu finden.

Kameraden! Nachdem auch andere Verbände zu ähnlichen vorsorglichen Maßnahmen übergingen, haben böswillige Gegner und Feinde der Gewerkschaften triumphiert. Besonders die Unternehmerpresse glaubte darin eine Schwächung der gewerkschaftlichen Kampfeskraft zu sehen. Dabei ist das Gegenteil richtig. Gerade weil wir unsere gewerkschaftliche Schlagkraft erhalten wollen, treffen wir frühzeitig Maßnahmen, die geeignet sind, unseren Verband vor Gefahren und Schwächen zu schützen.

Kameraden! Weist deshalb die eventuellen Einwürfe und Verdrehungen der Gegner energig zurück! Erkennt den Ernst der Lage und das Gebot der Stunde! Zeigt auch weiterhin durch einen unbeugsamen Willen, daß inmitten dieser schweren Notzeit der Geist der Kameradschaft und die Erhaltung einer schlagkräftigen Organisation höchste Pflicht und Aufgabe ist!

*K. Heusermann*

## Der Reichsarbeitsminister diktiert!

Eine Zwangslösung für die Reichsknappschaft.

Durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 wurden der Reichsknappschaft zur Sanierung ihrer Finanzen 70 Mill. M. vom Reich zur Verfügung gestellt unter der Bedingung, daß die Reichsknappschaft das noch verbleibende Defizit in Höhe von etwa 28 Mill. M. durch Leistungskürzung ausgleiche. Der Not und dem Zwange gehorchend, legte der Vorstand der Reichsknappschaft der Hauptversammlung, die am 24. Juni d. J. tagte, eine Vorlage vor, die den Vorschriften der Notverordnung Rechnung trug. Bei Ausarbeitung dieser Vorlage wurde von dem Gedanken ausgegangen, die eigentliche Pension möglichst wenig anzufassen, vielmehr auf die übrigen Leistungen zurückzugreifen. Die Vorlage sah vor, den Krankentafelbeitrag herabzusetzen und den Pensionskastenbeitrag um diesen Betrag zu erhöhen. Eine allgemeine Erhöhung des Pensionskastenbeitrags ohne die Ausgleichung über den Beitrag zur Krankentafel oder einen anderen Versicherungsweig läßt die Notverordnung nicht ohne weiteres zu.

Die Pensionen, die bisher auf volle 5 Pf. nach oben abgerundet werden mußten, sollten für die Zukunft auf volle 10 Pf. nach unten abgerundet werden. Hierbei wird bei manchem die Frage aufstehen, was man mit einer derartigen Maßnahme bezwecken will. Die Bedeutung wird aber sofort klar, wenn man weiß, daß dadurch monatlich 25 000 M. eingespart werden können. Auch sollte die Abfindung der Witwen bei ihrer Wiederverheiratung in Fortfall kommen. Des weiteren sollten die Beitragszeiten vor 1924 in der Siegerländer Knappschaft von der fünften in die vierte Lohnklasse herabgesetzt werden. Es war weiter geplant, die Pensionen der Invaliden, die invalide in solchen Werken geworden waren, die bei Schaffung des Reichsknappschaftsgesetzes ohne Zahlung von Entschädigung ausgeschieden sind, um 50 Prozent zu kürzen. Die Reichsknappschaft ist durch diese Bestimmung, die 1924 im Gesetz Aufnahme fand, gezwungen, eine große Anzahl Leistungsempfänger zu betreiben, ohne dafür Entschädigung von den Werken zu bekommen. Allein 130 000 M. sind monatlich hierfür aufzubringen. Nach den Bestimmungen des Reichsknappschaftsgesetzes steht den Invaliden freie ärztliche Kur und Arznei in demselben Umfange zu wie den aktiven Krankentafelmitgliedern. Sehr viele Invaliden sind im Laufe der Jahre aus dem Bereich ihrer Bezirksknappschaft ausgewandert und wohnen in Gegenden, wo der Knappschaft jede Kontrolle genommen ist. Bisher wurden von den Bezirks-

knappschaften für diese Invaliden im Falle einer Erkrankung die Arztkosten anstandslos beglichen. Es haben sich jedoch Zustände entwickelt, die einfach nicht mehr zu tragen sind. Die Kosten eines einzigen Krankenbesuches in solchen Gegenden gingen weit über die Jahrespauschale hinaus, die ein Arzt im engeren Bezirk der Knappschaft bekommt. Für die Zukunft sollte nur noch die freie Kur und Arznei gewährt werden, wo die Knappschaft mit Ärzten ein Vertragsverhältnis hat. Es war weiter vorgesehen, das Sterbegeld vom dreifachen auf das ein- und einhalbfache der Monatspension herabzusetzen, des weiteren eine 50prozentige Kürzung des Kindergeldes und der Waispension. Durch diese Maßnahmen hätte man 14 bis 15 Mill. von dem 28 Mill. M. betragenden Defizit eingespart. Es blieben aber noch 12 bis 13 Mill. ungedeckt. Da keine anderen Mittel zur Deckung des Defizits vorhanden waren, mußte notwendigerweise die eigentliche Pension angegriffen werden, und zwar sollten die Steigerungsbeträge für die Beitragszeiten vor 1924 um 12 Prozent gekürzt werden.

Die Hauptversammlung, die über diese Vorlage zu entscheiden hatte, lehnte sie gegen die Stimmen der Arbeitgeber ab. Das Verhalten der Versicherungsvertreter war voll und ganz zu verstehen und auch zu würdigen. Bereits im November 1930 hatten dieselben Vertreter eine Kürzung der Leistung beschlossen in der Hoffnung, daß die Regierung nunmehr das Defizit der Knappschaft beseitigen würde. Aus den Worten des Regierungsvertreters in der November-Hauptversammlung war auch zu entnehmen, daß die Regierung diesen Weg beschreiten würde. Die Versicherungsvertreter wurden in ihrer Hoffnung bitter enttäuscht. Menschlich wäre es auch nicht zu begreifen, daß Leute, die schon Invalide sind oder kurz vor ihrer Invalidisierung stehen, heute oder morgen ein Opfer ihres Berufes werden können und fast durchweg auf die larme Pension angewiesen sind, sich diese von Zeit zu Zeit selbst kürzen, zumal sie alle wissen, daß ein großer Teil deutscher Volksgenossen Monatspensionen beziehen, die das Mehrfache der Jahrespension eines Bergarbeiters übersteigen. Den Regierungsvertretern wurde dieses unverblümt gesagt. Man glaubt aber, mit dem Kumpel Bergmann alles machen zu können!

Durch die ablehnende Haltung der Hauptversammlung waren die durch die Notverordnung gestellten Bedingungen nicht erfüllt und es blieben die Zuwendungen des Reiches für den Monat

Juli schon aus. Die Knappschaft konnte aus diesem Grunde im Juli die fälligen Leistungen nicht voll zahlen. Sie war gezwungen, sämtliche Bezüge um 10 Prozent herabzusetzen. Für den Monat August bestand die große Gefahr, daß im Höchsthalle nur 50 Prozent der fälligen Leistungen gezahlt werden konnten. Zu dieser katastrophalen Maßnahme hat es die Regierung nicht kommen lassen. Mit Datum vom 13. Juli d. J. hat der Herr Reichsarbeitsminister der Reichsknappschaft

### eine Zwangslösung

vorgelegt. Diese bringt den Bergarbeitern eine sehr bittere Enttäuschung und wird große Erregung auslösen. Sie geht in manchen Fällen über die in der Hauptversammlung abgelehnte VorstandsVorlage hinaus. Für die armen Invaliden, Witwen und Waisen bedeutet sie eine wirkliche Notverordnung. Unübersehbare Härten entstehen und sie liefert viele Invaliden und Witwen der öffentlichen Fürsorge aus. Die Bescherung des Ministers hat folgenden Inhalt:

1. Die laufenden Leistungen der Pensionsversicherung sind auf volle 10 Pf. nach unten abzurunden.
2. Die Steigerungsbeträge werden für die Beitragszeiten vor dem 1. Januar 1924 um 14 Prozent gekürzt.
3. Für die Beitragszeiten die bei der Siegerländer Knappschaft oder ihrer Vorgängerin vor dem 1. Juli 1926 zurückgelegt sind, werden die Steigerungsbeträge nach Lohnklasse 4 gekürzt (bisher 5).
4. Es ruhen 75 Prozent der Invalidenpension bei Invaliden, die nach § 36 RAG. invalidiert worden sind, wenn sie noch Lohnarbeit verrichten, eine gewinnbringende Beschäftigung ausüben oder sonstiges Einkommen beziehen und dadurch den Betrag ihrer Pension erreichen.
5. Wer nach dem Artikel des Einführungsgesetzes zum RAG. oder nach dem § 240 RAG. die Mitgliedschaft bei der Reichsknappschaft aufgegeben hat, dessen Invalidenpension wird, wenn er gleichzeitig Rente aus der Invaliden- oder Angestelltenversicherung bezieht, gekürzt, und zwar nicht nur um den Grundbetrag, sondern auch um den Knappschafts-Steigerungsbetrag, soweit dieser den Steigerungsbetrag der anderen Versicherung übersteigt. Beitragszeiten, die nach dem 31. Dezember 1923 liegen, oder die auf einem nicht nach Artikel 17 des Einführungsgesetzes zum RAG. ausgeschiedenen Betrieb zurückgelegt wurden, werden davon nicht betroffen, jedoch gilt das erstere für Berechtigte, die Betrieben angehört haben, die nach den §§ 2 bis 4 oder nach § 239 RAG. ausgeschieden sind, ohne für die laufenden Pensionen oder Anwartschaften Entschädigung geleistet zu haben.
6. Wer auf Grund der Beschäftigung in einem nach Artikel 17 des Einführungsgesetzes zum RAG. ausgeschiedenen Betrieb versichert war, dessen Invalidenpension wird, wenn sie vor dem 1. Januar 1924 festgesetzt ist, ebenfalls gekürzt, wie es unter Ziffer 5 dargelegt ist.
7. Das Kindergeld wird um die Hälfte, von 10 auf 5 M. monatlich, gekürzt.
8. Die Witwenpension und das Waisengeld wird nach der gekürzten Invalidenpension berechnet, das bedeutet, daß auch diese herabgesetzt werden.

Wenn Waisengeld aus der Knappschaft mit Waisentante aus der Invaliden- oder Angestelltenversicherung zusammenreicht, so ruht der Knappschafts-Steigerungsbetrag, soweit er den Steigerungsbetrag aus der anderen Versicherung übersteigt.

9. Die Abfindungen der Witwen bei Wiederverheiratung und das Aufleben der Ansprüche beim Tode des zweiten Mannes, wenn keine Abfindung stattgefunden hat, finden bis auf weiteres keine Anwendung.
10. Das Sterbegeld wird von dem dreifachen auf den ein- und einhalbfachen Betrag der Monatspension festgesetzt.
11. Knappschaftsinvaliden erhalten nur freie Kur und Arznei, wenn sie an Orten wohnen, wo ein Vertragsverhältnis der Bezirksknappschaft mit Ärzten und Apotheken besteht.
12. Bei Unterbringung in Krankenhäusern zur Beobachtung usw. werden die Kosten für Verpflegung im Krankenhaus mit einem Drittel des Lohnes angerechnet. (Bisher mußte der ganze Lohnausfall gezahlt werden.)
13. Der Beitragsfuß zur Gemeinlast in der Arbeiterpensionskasse wird mit Wirkung vom 1. Juli d. J. von 8,5 Prozent auf 9,8 Prozent erhöht, der Beitrag zur Krankentafel entsprechend gemindert.
14. Die Arbeiterpensionskasse erhält 12 Mill. M. aus der Invalidenversicherung und 55 Mill. M. aus Reichsmitteln. Außerdem werden ihr 2 Mill. M. zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten gegenüber der Saarknappschaft aus Zollmitteln zur Verfügung gestellt.

Diese einschneidenden Maßnahmen haben den Etat der Reichsknappschaft für die Zeit vom 1. Juli 1931 bis 31. März 1932 in Ordnung gebracht. Für die kommenden Jahre müssen andere Wege als die des Leistungsabbaues beschritten werden. Es ist notwendig, daß sich Regierung und maßgebende Körperschaften über diese Frage einig werden. Eine weitere Kürzung der Pensionskassenleistung wäre der Tod der Knappschaftsversicherung überhaupt. Ein anderes Mittel als die Besteuerung des Produkts wird kaum zu finden sein. Es erscheint uns auch als das Gerechteste. Solange der eiserne Bergmann nicht zur Beitragszahlung herangezogen wird, wird

die Knappschafft aus ihrer mißlichen Finanzlage nicht herauskommen. Wie notwendig das ist, beweist vor allen Dingen die Entwicklung der Arbeiterpensionkasse in den letzten Monaten. Zählte man am Anfang des Jahres 1931 noch 572 018 Beitragszahler, so waren es am 1. Juni d. J. nur noch 516 026. In demselben Zeitraum stieg aber die Zahl der Berufswahlben von 179 870 auf 186 325 und die Zahl der Witwen in derselben Zeit von 101 212 auf 102 001. Die Zahl der Kinder unter 15 Jahren, die von der Arbeiterpensionkasse betreut werden mußten, war am 1. Januar 1931 130 921, dagegen am 1. Juni 1931 auf 132 419 gestiegen. Es ist höchste Zeit, daß man dieser Entwicklung die nötige Aufmerksamkeit schenkt und daß die Regierung in aller Kürze die Initiative ergreift und die Reichsknappschafft endlich und für immer auf eine gesunde Grundlage stellt.

### Aus der Vorstandssitzung der Reichsknappschafft.

Die Kosten bei den Knappschaffsoberversicherungsämtern sind verhältnismäßig sehr hoch. Der Vorstand ist deshalb der Ansicht, daß auf eine allgemeine Senkung dieser Kosten hingewirkt werden muß. Nach § 30 AVO zahlen die übrigen Versicherungs-träger Pauschbeträge, die die tatsächlichen Kosten der Ober-versicherungsämter ohne die Bezüge der Mitglieder und ihrer Stellvertreter zur Hälfte decken, im übrigen trägt das Land die Kosten. Dagegen hat die Reichsknappschafft die Kosten der Knappschaffsoberversicherungsämter allein zu tragen. Es soll versucht werden, hier eine Minderung herbeizuführen und allgemein soll nach Möglichkeiten der Kostenminderung gesucht werden.

Zwischen der Reichsknappschafft und der Spółka Bracka (polnische Knappschafft) wurde ein Abkommen zur Regelung der

Ruhegehaltsanwartschaft und des Ruhegeldes der Beamten und Aerzte sowie deren Hinterbliebenen des ehemaligen Oberschleis-schen Knappschaffsvereins getroffen. Allerdings soll dieses Abkommen erst in Kraft treten, wenn der Vertrag über die Sozial-versicherung zwischen Deutschland und Polen in Kraft tritt. Mit der Saarknappschafft wurde ein gegenseitiges Verhältnis vereinbart. Darnach werden durch die Versicherung in der Pension-kasse der Reichsknappschafft die beim Saarknappschaffsverein er-worbenen Anwartschaften erhalten. Der Fall trifft umgekehrt zu, und die Vereinbarung tritt rückwirkend vom 1. Januar 1923 in Kraft.

Nach dem Beschluß des Vorstandes vom 16. Mai 1931 soll bei Pensionsempfängern, die auf Grund einer Beschäftigung im Staats- oder Kommunaldienst Bezüge nach staatlichen Besol-dungsgruppen erhalten, die Unterschiede zwischen dem staatlichen Kindergeld (20 M.) und dem tariflichen Kindergeld für Lohn-empfänger (4 M.) 16 M. als Einkommen angesehen werden. Da durch die zweite Gehaltskürzung vom 5. Juni 1931 das Kin-dergeld für Beschäftigte im Staats- oder Kommunaldienst ge-ändert ist, wird der Beschluß vom 16. Mai 1931 den veränderten Verhältnissen angepaßt.

Eine Beschwerde der Arbeitgeber im Vorstand einer Bezirksknappschafft über die Zulassung eines Arztes wurde abgelehnt.

Die Durchführung der Gehalts- und Lohnkürzung auf Grund der Notverordnung vom 5. Juni 1931 wird in Angriff genom-men. Die Pensionierung eines für berufsunfähig erklärten Büro-vorstehers wurde genehmigt, das Gesuch entlassener Angestellten auf Weiterbeschäftigung oder Abfindung abgelehnt.

Die Grundstücke in Clausthal, Zellerfeld, Essen-Borbeck und Borna sollen, weil nicht mehr verwendungsfähig, verkauft werden.

Der Vorstand beschäftigte sich dann noch mit der vom Reichs-arbeitsminister erlassenen Zwangsatzung und gab dazu die not-wendigen Anweisungen heraus.

Diese Ausführungen sollen nicht den Eindruck erwecken, als seien wir gegen Kohlenpreisfestsetzungen. Ganz im Gegenteil. Aber sie zeigen, daß selbst ein vollgültiger Lohnverzicht des Berg-manns nicht im entferntesten ausreicht, durch Preisfestsetzungen lediglich der Kohle die Krise auch nur zu lindern. Und noch weni-ger als überhaupt keinen Lohn, kann man dem Bergmann ja nicht geben, es sei denn, man verlange von ihm noch eine Prä-mie dafür, daß er überhaupt arbeiten darf.

Demgegenüber verblaffen alle Kurpfuscherrezepte, die immer noch glauben, sich im Rahmen des sozial Zumutbaren zu halten, indem sie „nur“ für einen Lohnabbau plädieren. Hierher ge-hören auch zwei Herren, die vor kurzem eine ziemlich umfang-reiche Denkschrift haben erscheinen lassen, in der sie ihre Pläne entwickeln, die darauf hinauslaufen, durch eine Kohlenpreisfest-setzung die Wirtschaftskrise zu beheben. Arnold Koepe und Otto Lehmann haben in der Münsterschen Buchdruckerei und Ver-lagsanstalt eine Broschüre veröffentlicht, die den gewiß nicht be-scheidenen Weg zur Behebung der Arbeitslosenkrise. Die beiden Herren schlagen folgendes vor: Dem Bergmann soll der Lohn um 12 Prozent gekürzt werden, wodurch am Lohnanteil für die Tonne Fettsfördertohle 1,07 M. eingespart werden könnten. Der Unternehmer soll 1,25 M. zum gleichen Zwecke beisteuern. Aber dem Unternehmer ein solches Opfer zumuten, ist schon eine ge-wagtere Sache, vielleicht befürchtet man auch, sich dadurch unbe-liebt zu machen oder von den Syndicis im Arbeitgeberlager das Zeugnis wirtschaftspolitischer Ignoranz ausgestellt zu bekommen. Deshalb sollen die 1,25 M. nicht vom Unternehmer, sondern vom Staate getragen werden. So etwas nennt man Subvention. Dann sollen die Zechen ihre Schichtförderleistung bis auf 1900 kg. steigern. Die Verfasser behaupten, daß das möglich sei und ers-paren sich die Beweise dafür. Da sich über Glaubensbekenntnisse nicht streiten läßt, wäre dazu nichts zu sagen. Nun haben sie ausgerechnet, daß bei dem hier erwähnten Lohnabbau und einer Schichtförderleistung von 1900 kg. der Friedenskohlenpreis er-reicht werden könnte. Man staunt über die Primitivität dieser Bedankengänge. Uns ist weder Herr Koepe noch Herr Lehmann bekannt. Aber daß die beiden Verfasser den Mut aufbringen und auch unserem Verband ein Schreiben senden, in dem sie ihre primitiven Bedankengänge „als Mittel zur Behebung der Ar-beitslosen- bzw. der Wirtschaftskrise“ herausstellen, ist geradezu verwunderlich. Der eine dieser Herren soll Bergwerksdirektor sein! Vielleicht fehlen ihm die Subventionen, für die er hier eintritt, was ihn in die Kategorie der Krisenüberwindungspro-pheten einreihen würde, die im ersten Absatz dieses Artikels ge-kenntzeichnet sind.

Lohnt es sich überhaupt, diesen Herren mit volkswirtschaft-lichen Argumenten zu begegnen? Sie haben noch nichts davon gehört, daß die Subventionen, die hier der Bergbau bekommen soll, ja erst jemand anderem weggenommen werden müssen. Ist es unmöglich, zu begreifen, daß dadurch vorerst eine Kaufkraft-schwächung und eine Steigerung der Arbeitslosigkeit eintritt, die man doch gerade bekämpfen will! Wie gesagt, die Broschüre ist nicht ernst zu nehmen. Das einzig Vernünftige daran sind einige Statistiken. All das, was da der staunenden Umwelt in einem umfangreichen Brochürentext und auf lobhudelnden Waschzetteln mitgeteilt wird, ist so verschwommen und unklar wie die in derselben Broschüre veröffentlichte Tabelle über die Schichtförderanteile der Ruhrzechen von 1913 bis 1930. Diese stellt ein einziges Bündel von Strahlen dar, deren Bewegung selbst unter keinem Mikroskop zu entziffern ist. So wirr, wie es auf diesem Schaubild hergeht, scheint es auch in den Köpfen der beiden Verfasser auszusehen!

## Kindlich oder geschäftstüchtig?

### Wie Koepe und Lehmann das Arbeitslosenproblem heilen möchten.

Jeder Vorschlag, er komme von wem er wolle, der geeignet ist, uns aus der furchtbaren Wirtschaftskrise herauszuführen oder sie fühlbar zu lindern, ist uns herzlich willkommen. Wer aber den heutigen Notstand von Volk und Wirtschaft ausnutzt und unter dem Vorwande, die Krise zu heilen, gemeine selbst-tüchtige Geschäfte treibt, dem muß man das Kurpfuscherhandwerk legen. Wohl liegt uns das Schicksal des in tiefer Krisennot leidendes Volkes am Herzen, aber nichtswissende und nur auf den eigenen Vorteil bedachte Kreaturen sind uns ein Grauel. Mit dieser Grundhaltung sind wir bisher an alle die vielen uns auf-gebotenen Krisenüberwindungspläne herangegangen und haben dabei keine Enttäuschungen erlitten. Wir werden es auch weiter so halten.

Es gibt Menschen, die ehrlich daran glauben, durch die Preis-senkung eines einzigen Wirtschaftsproduktes die heutige Welt-wirtschaftskrise beheben zu können. Dieser Glaube ist so fest verwurzelt, daß ihm mit wirtschaftspolitischen Argumenten nicht beizukommen ist, weil es eben ein Glaube ist. Das entbindet uns natürlich nicht von der Pflicht, ab und zu auf diesen Irrtum hinzuweisen und ihm einige durch Zahlen belegte Tatbestände entgegenzustellen, obwohl wir wissen, daß der Kampf gegen einen Überglauben nicht nur schwer, sondern vielfach auch erfolglos ist. Wir sind in besonders hohem Maße dazu verpflichtet, weil das Wirtschaftsgut, von dessen Preisenkung das Konjunkturmwunder erwartet wird, Kohle heißt. Sie wird von unseren Kameraden aus der Tiefe gehoben, und ihnen will man mit aller Gewalt an den Lohn, um die Krisenüberwindungsexperimente wagen zu können.

Ist die Krise von einem Punkte her, nämlich durch Senkung der Kohlenpreise, aus den Angeln zu heben? Dazu einige Ziffern. Wenn der Ruhrbergmann ab morgen umsonst arbeitet, dann könnte der Kohlenpreis um 5,80 M. gesenkt werden, denn so hoch

stand im April der Lohnanteil je Fördertonne, der bei einem hundertprozentigen Lohnverzicht in Wegfall käme und zu Preis-senkungen verwandt werden könnte. Und nun bedenke man, in einer Tonne Kohle stecken zwei Tonnen Kohle. Es würde also eine Preisermäßigung von 11,60 M. je Tonne Koh-eisen möglich werden. Heute kostet sie etwa 130 M., die Preis-senkung beim Eisen würde also rund 9 Prozent betragen. Im letzten, aus Eisen hergestellten Verbrauchsprodukt, also der Ma-schine oder dem Bestand aus Mikrosta-Stahl, machte die Preis-senkung noch nicht einmal den Bruchteil eines einzigen Prozentes aus. Nun sage man, wo die Kaufkraftsteigerung, die ja doch zur Krisenüberwindung den Anstoß geben muß, eigentlich bleibt? Wie steht es um die Verhältnisse in der Bauindustrie? Dort braucht man zur Herstellung von 1000 Mauersteinen eine Viertel Tonne Kohle. Wenn der Bergmann umsonst arbeitete, könnten also 1000 Mauersteine um den vierten Teil von 5,80 M., also um 1,45 M., billiger abgegeben werden. Zum Bau einer Wohnung werden rund 10 000 Mauersteine verwandt. Der Preis der neuen Wohnung stellte sich also um 14,50 M. niedriger. Das macht im monatlichen Mietpreis nicht einmal den Bruch-teil eines einzigen Pfennigs aus. Bei der Reichsbahn liegen die Verhältnisse so, daß sie, wenn der Bergmann im vergangenen Jahre umsonst gearbeitet hätte, 69 Mill. M. gespart und dadurch ihre Frachten um 0,7 Prozent hätte senken können. Diese Zahlen zu errechnen, ist kein Kunststück. Sie ergeben sich aus einer Multiplikation des Kohlenverbrauchs mit dem durch die Kohlen-preisenkung eingesparten Betrage. Legt man diesen auf die Gesamteinnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr um, der über 4 Milliarden Mark betrug, so ergibt sich die schon genannte Ziffer von 0,7 Prozent. In der Lebensmittelindustrie sieht es nicht anders aus. Dort würde ein Lohnverzicht des Berg-manns beim Brot beispielsweise eine Verbilligung um noch nicht einen einzigen Pfennig ermöglichen.

## Der Kreuzzug der Kumpels.

### Ein Bericht aus der Tiefe.

Von Paul Mehnert. (Nachdruck verboten.)

IV.

Lastend schiebt sich der Obersteiger im Verein mit Berndt und der übrigen Mannschaft den Fluchtweg entlang vorwärts. Noch immer müssen neue Lustrohre angebracht werden. Der Ab-zug dort drüben im Hauptquerschnitt, durch die eingesehten Rö-hren, ist zu schwach. Aber doch ziehen die Wetter ab, wenn auch langsam. Stunden verrinnen wieder. Endlich kommt man an das Nordwestfeld.

Ein Grauen erfährt die Menschen. Jede Strecke ein Chaos, ein Trümmerhaufen Aufgerissene Förderbahnen, auseinander-gerissene Förderwagen. Brennende Förderwagen, brennende Baue, brennendes Holz. Neue Hindernisse. Die frischen Wetter geben dem Feuer Sauerstoff. Ein gelber brauner Dampf waldt auf.

„Wasserrohre anstecken.“ Eine Wasserleitung wird gelegt. Alle betriebsfähigen Rohre der gesamten Werke sind ver-bräuchelt.

Schläuche der Feuerwehren herein, und mit diesen kommen Feuerwehren von Uebertags. Abübung. Die Rettungsmann-schaft hat sich zurückgezogen. Die Feuerwehr übernimmt die Arbeit. Aber kein einziger Mann der Rettungskolonnen fährt übertags. In einem sicheren Winkel der Strecke hocken sie mit den Beamten. Nur eine halbe Stunde wollen sie ruhen.

#### Die Müdigkeit, der Schlaf ist stärker.

Die Feuerwehren senden Wasserstrahlen in die glühenden Ströme. Den Wasserdampf treibt es zurück, wieder in die Fluchtwegstrecke. Der Abzug durch die Rohre erweist sich auch hier als zu schwach. Wieder verrinnen Stunden. Endlich aber ist der Bann gebrochen. Jäh erschrocken fährt die Rettungsmann-schaft aus dem Schlafe, als der Ruf ertönt: Das Feuer ist tot! Mit Sauerstoffapparaten geht es über Trümmer.

Holz muß herangeschafft werden zum Verbauen. Mühsam durch die Strecke beginnt der Holztransport. Nur notdürftig wer-den die Strecken verbaut. Rettungsmannschaften brechen zu-sammen. Diese werden zurückgebracht. Andere drängen sich vor.

Mühsam, Meter für Meter, drängen sich der Obersteiger und Berndt, die bis jetzt am längsten ausgehalten haben, vor. Man stößt auf die ersten Toten. Verbrannte Leiber. Zerrißene und zerhackt. Abgerissene Körperteile. Dort ein Kopf, da ein Bein, dort ein paar Arme, hier ein Kumpel! Verbrannte Fleischstücken. In Säcke verpackt, wie verredete Tiere auf den Schindanger ge-

schleift werden, so zieht man die Ueberbleibsel von Menschen, den Stolz des Nordwestfeldes, durch die Strecken den Schächten zu. „Berndt! Berndt! Und Ihr Junge? Er ist doch dabei?“ Schauernd sprach's der Obersteiger.

Ein mahnsinniger Schrei, nicht von einem Menschen, wie von einem zu Tode gequälten Tiere, so klang der Schrei.

Der Wahnsinn tobt. Wild um sich schlagend und schreiend raft Berndt durch die Strecken über die Trümmerhaufen dem Ort 673 zu.

Ueber Fleischstücken liegend, fand man Berndt bewußtlos zu-jammengebroschen.

#### Die Schlagwetterexplosion, verbunden mit einer Kohlenstaubexplosion hatte hier ganze Arbeit gemacht.

Die Belegschaft von dreißig Mann saß hier zusammen, als der Schuß erfolgte. Zusammengeballt zu einem Haufen starb sie.

„Zweihundertdreißig Wagen Kohlen.“ jagte der Steiger der Abteilung „Nordwestfeld“ auf der Grube Gottes Segen. Die ganze Belegschaft des „Nordwestfeldes“ in Höhe von 180 Mann starb an diesen zweihundertdreißig Wagen Kohlen.

Noch in der Nacht wurden der Generaldirektor und sämtliche Direktoren von der Explosion in Kenntnis gesetzt. Der Obersteiger tat auch hier seine Pflicht. Unter dem Schutze der Polizei, die von einem der Direktoren in Kenntnis gesetzt wurde, zogen sie in die Unglückszede ein. Der Generaldirektor war wiederum sehr ungnädiger Laune. Schon mehrmals wollten ihn seine Direktoren sprechen. Sein Zimmer war und blieb geschlossen. Aber das Weinen der Frauen, das Schreien der Kinder drang durch die dicken Mauern bis hinauf in sein Zimmer. Die Rufe „Mörder!“ gellten ihm die Ohren. Der Generaldirektor hielt sich die Ohren zu, er wollte nichts hören. Er hörte Rufe: „Die Rote Grubenlampe, zehn Pfennige das Stück!“ Erschrocken hielt er inne in seinem Lauf durch das Zimmer.

Wütend rief er am Ferntelefon.

„Ist dort Generalanzeiger? Ja? Dann Schriftleitung. Hier Generaldirektor der Gottes-Segen-Gruben. Bitte, schreiben Sie: Heute nacht ereignete sich auf der Grube Gottes Segen eine schwere Explosion. Ursache der Explosion noch unbekannt. Das Ausmaß der Explosion selbst ist ebenfalls noch unbekannt. Sämtliche Beamten und Hilfsmannschaften sind zum ersten Ret-tungswert eingefahren. Alle Sicherheitsmaßnahmen von seiten des Werkes waren getroffen, so daß die Entstehung der Explosion nur auf Vernachlässigung von Arbeitern zurückzuführen ist. — Das ist vorläufig der erste Bericht. Selbstverständlich werde ich Ihnen weitere Berichte zugehen lassen. Wie? In der Volks-

zeitung der Artikel? Direkte Unwahrheiten. Wir haben den Kerl gestern sofort entlassen. Selbstverständlich! Wie? Sie meinen ein Sabotageakt von dieser Seite? Daran habe ich wahr-lich nicht gedacht. Wir werden den Kerl sofort verhaften lassen. Also, ich danke Ihnen vielmals für Ihre Anteilnahme an unseren Werken. Nein! Sie brauchen keinen besonderen Vertreter zu entsenden. Sie werden von uns die Untersuchungsergebnisse zu-erst erhalten. Konkurrenz zuvorkommen? Selbstverständlich Geschäftsbrauch. Werde Ihre Liebenswürdigkeit nicht vergessen. Heinz Berndt heißt der Mensch. Ja, in großen Schlagzeilen: Racheakt eines entlassenen Bergarbeiters? Bin voll und ganz einverstanden! Wiedersehn!

Nunmehr beruhigt, hing der Generaldirektor den Hörer an das Telefon, brannete sich gähmend eine Zigarre an und stieß den Rauch, wie gewöhnlich, weit von sich. Da wurde ihm der Berg-verwalter gemeldet.

„Soll kommen!“  
„Verzeihung, Herr Generaldirektor!“  
„Hat nichts zu sagen, mein lieber Herr Bergverwalter. Weiß-junges Blut schläft einmal gern ein bißchen länger. Waren Sie heute nacht im Klub?“  
„Bis elf Uhr auf der Grube, Herr Generaldirektor.“  
„Auf der Grube?“  
„Die Leute wollten nicht einfahren.“  
„Nicht einfahren? Warum?“  
„Sie sagten, in der Grube, namentlich im Nordwestfeld, stünden Schlagwetter.“  
„War Ihnen das schon früher gemeldet worden, Herr Berg-verwalter?“  
„Nein, wenigstens nicht in dem Sinne, wie die Leute es auffaßten.“  
„Hm! Nu ja, Herr Bergverwalter, die Geschichte ist eigen-lich für uns erledigt.“

Jeder Ortshauer, jeder Wettermann, jeder Steiger ist laut polizeilicher Vorschriften verpflichtet, das Auftreten eines jeden Gases sofort zu melden und den Betrieb sofort eigen-mächtig einzustellen, und zwar so lange, bis die Berg-inspektion den Betrieb wieder freigegeben hat.

Von der Mittagschicht lag keine Meldung vor?

„Nein, Herr Generaldirektor!“  
„Dann waren Sie formell im Rechte. Die Mann-schaft der Nachtschicht war ja noch gar nicht in der Grube und konnte keine Beurtei-lung über etwaiges Vorhandensein von Schlag-wetter abgeben!“  
„Es ist gut, mein lieber Herr Bergverwalter. Rufen Sie mir den Obersteiger.“

31.

Woche

Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit

vom 26. Juli bis 1. August 1931

# 13. Sitzung des Ausschusses des ADGB.

Am 16. Juli 1931 trat der Ausschuss des ADGB. zu seiner 13. Sitzung zusammen, um sich mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage zu befassen.

In seinem Referat ging Leipart einleitend auf die politischen Ereignisse seit der letzten Bundesausschusssitzung am 20. Juni ein. Er schilderte insbesondere die bedeutende Rolle, die gewisse politische Forderungen des Ausstandes bei den bisher ergebnislosen Anleiheverhandlungen gespielt haben, Forderungen, deren Erfüllung bekanntlich zuerst von englischer Seite der deutschen Regierung nahegelegt wurde. Offiziell seien diese Forderungen allerdings bisher der Reichsregierung nicht übermittelt worden. Der Bundesvorstand ist der Meinung, daß in diesem Zusammenhang die Gewerkschaften heute vor allem zwei Forderungen an die Reichsregierung zu richten haben. Erstens, alles zu tun, um eine Verhandlungsgrundlage für eine Verständigung mit Frankreich zu schaffen, zweitens aber, sich endlich zu energiegelassenen Maßnahmen gegen das unverantwortliche Vorgehen der Rechtsradikalen in Deutschland zu entschließen. Bei der Vertretung dieser Forderungen ist es nicht nötig, auf die gehässige Agitation der Nationalsozialisten und Deutschnationalen gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie Rücksicht zu nehmen. Diese Agitation ist nicht neu, sie wird schon seit Jahren skrupellos getrieben. Es kommt daher auf etwas mehr oder weniger nicht an. Für die Forderungen der Gewerkschaften kann nur das Gesamtinteresse maßgebend sein.

Es ist heute üblich, sogar in der den Gewerkschaften feindselig unfeindlich gesinnten Tagespresse, von der „Ohnmacht der Gewerkschaften“ zu reden. Daß diese Einschätzung nicht den Tatsachen entspricht, würde sich sehr schnell zeigen, wenn die Rechtsradikalen nicht nur in Worten, sondern mit der Tat den Veruch machen würden, einen Umsturz herbeizuführen. Die Gewerkschaften müssen jedenfalls für jede Situation gerüstet sein.

Bei seiner Darstellung der überstürzten Entwicklung der Dinge in den letzten Tagen hob Leipart hervor, daß bei dem Sturm auf die Banken selbstverständlich auch die Arbeiterbank in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Sie hat nicht nur, wie alle Banken, den Ansturm auf ihre Sparkasse über sich ergehen lassen müssen, sondern die Kommunisten haben die willkommene Gelegenheit benützt, ihre Heße gegen die Gewerkschaften mit besonderer Schärfe auch gegen die Arbeiterbank zu betreiben. Die Arbeiterbank hat das Vertrauen, daß sie sich in den abgelaufenen Jahren erworben hat, glänzend gerechtfertigt. Sie hat am letzten Montag voll ausgezahlt, während andere Banken und die Sparkassen zumeist nur geringe Teilbeträge auszahlten. Auch heute wäre sie zumeist in der Lage gewesen, weiterhin Auszahlungen in erheblichem Umfang durchzuführen, ohne ihre Liquidität zu gefährden, aber sie ist jetzt selbstverständlich ebenso an die Vorschriften der neuen Verordnungen gebunden wie die anderen Banken.

In dem Garantieyndikat der deutschen Industrie, dessen Freiwilligkeit bekanntlich nur durch Verordnungszwang gesichert werden konnte, ist die Arbeiterbank in dem Ausschuss, der für die Verteilung der Kredite maßgebend ist, nicht vertreten; obwohl gerade die Leitung der Arbeiterbank besonders berufen wäre, bei einer objektiven und zweckentsprechenden Kreditverteilung mitzuwirken. Die Arbeiterbank ist bisher auch ebensowenig wie die anderen Arbeitnehmerbanken in Deutschland zu den Verhandlungen zugezogen worden, die die Regierung in der letzten Zeit mit den anderen Banken geführt hat. Die Arbeitnehmerbanken werden gemeinsam vorgehen, um diese, im volkswirtschaftlichen Interesse sehr bedenkliche Ausschaltung der gemeinnützigen Banken zu beseitigen.

Scharfe Kritik wurde an der Finanzpolitik der Regierung in der letzten Woche geübt. Eine klare politische Linie sei überhaupt nicht erkennbar gewesen. Wenn man beispielsweise überhaupt Bankfeiertage in Erwägung zog, so hätte man diese Maßnahme vernünftigerweise vor dem Zusammenbruch der Danatbank durchführen müssen. Dieses Veräumnis hat die ernste finanzielle Situation noch weiter verschärft. Die Reichsregierung ist in ihren neuen Verordnungen nicht brutal genug vorgegangen, um wirksam der Kapitalflucht zu steuern. Alle, die fremde Zahlungsmittel jeder Art besitzen, müßten bis zu einem bestimmten Tage dieses Monats verpflichtet werden, ihren

Bestand anzugeben. Diese Verpflichtung müßte in einer Notverordnung vorgehrieben werden, mit der Maßgabe, daß die Nichtangabe des Bestandes an ausländischen Zahlungsmitteln deren Einziehung nach sich ziehen würde. Von anderer Seite wurde die Meinung geäußert, daß der § 9 der neuen Notverordnung dem Wirtschaftsminister genügend Handhaben zu rücksichtslosem Vorgehen böie, die Gewerkschaften müßten nur verlangen, daß die neue Devisenverordnung mit aller Schärfe durchgeführt wird.

Allgemeine Übereinstimmung bestand darüber, daß es die Hauptaufgabe sei, unter allen Umständen die Währung zu halten. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß die künstliche Vermehrung der Umlaufmittel, die im gegenwärtigen Moment notwendig ist, keine Inflation bedeutet, sondern im Gegenteil eine Maßnahme gegen bestimmte Deflationerscheinungen ist. Zur Sicherung der Währung ist es unbedingt notwendig, die Kredite rücksichtslos zu verteuern und unter allen Umständen zu verhindern, daß die öffentlichen Körperschaften ihren Finanzbedarf über die Notenpresse decken.

Es gilt Maßnahmen zu treffen, die im Auslande das Vertrauen in eine ordentliche Wirtschaftsführung in Deutschland stärken. Gewisse Reformen des Aktienrechtes, in denen die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfes, durch die seit geraumer Zeit feststehenden Forderungen der Gewerkschaften revidiert und ergänzt werden müßten, sind zu diesem Zweck notwendig. Es kommen vor allem Vorschriften über die

Publizität die Revisionsbestimmungen sowie das Mehrstimmrecht in Frage. In diese Reihe von Maßnahmen, an die jetzt mit Ernst herangegangen werden muß, gehört auch die Einführung einer wirksamen Kartell- und Monopol-Kontrolle, die gleichfalls von den Gewerkschaften seit Jahren gefordert worden ist und bereits in einem Gesetzentwurf dem Reichstage vorliegt.

Gefährlich ist das jetzt umlaufende Schlagwort: „Wir können und müssen uns selbst helfen.“ So unzweifelhaft wir in erster Linie auf unsere eigene Initiative angewiesen sind, so steht doch hinter diesem Schlagwort die unsinnige Vorstellung von einer vom Auslande losgelassenen, unabhängig für sich bestehenden deutschen Wirtschaft. Eine solche gibt es nicht und kann es nicht geben. Die deutsche Wirtschaft kann so wenig wie irgendeine andere nationale Wirtschaft ohne Kreditbeziehungen zum Auslande existieren.

Leipart konnte am Schlusse der Aussprache als einmütige Meinung des Bundesausschusses feststellen, daß der Bundesvorstand seine Bemühungen energisch fortsetzen solle, die von der Reichsregierung bereits grundsätzlich versprochenen Erleichterungen der Notverordnung vom 5. Juni 1931 durchzuführen und darauf zu dringen, daß die Reichsregierung nichts unterläßt, was zu einer Verständigung mit dem Auslande, vor allem auch mit Frankreich führen könne, um die Kreditverhandlungen zu einem positiven Abschluß zu bringen. Insbesondere müsse die Regierung aber zu einer klaren Entscheidung gegen die rechtsradikalen Parteien gedrängt werden, deren hemmungsloses Vorgehen die schwersten wirtschaftlichen sowie unübersehbare innen- und außenpolitischen Gefahren heraufbeschwört.

## Zur Sigverlegung des IOB. nach Berlin.

In einem der sorgenvollsten Augenblicke der jungen deutschen Republik ist der vom Stockholmer Internationalen Gewerkschaftskongress gefasste Beschluß über die Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IOB.) nach Berlin ausgeführt worden. Wenn der IOB. seine Arbeit unter erfreulichen Voraussetzungen fortsetzen kann, so hat er dies — wie übrigens die ganze deutsche Wirtschaft und darüber hinaus die Wirtschaft Europas — vor allem der von höchstem Verantwortungsbewußtsein getragenen Stellungnahme der deutschen Arbeiterklasse in den schicksalsschweren Tagen der vergangenen zwei Wochen zu danken.

Da die deutschen Gewerkschaften nahezu ein Drittel der Mitglieder der Gewerkschaftsinternationale stellen, bedeutet ihre Stellungnahme und ihr Kampf auch Stellungnahme und Kampf für die Internationale. Das Sekretariat des IOB. wird nun diesen Kampf aus nächster Nähe verfolgen und es wird im Namen der vielen Millionen der im IOB. vereinigten Gewerkschafter seine Arbeit zu leisten bestrebt sein, die gleichzeitig von den Energien und der Spannkraft der unmittelbaren Umgebung sowie den Kräften und Erfahrungen aller jener Organisationen angeregt und gestützt werden muß, die zusammen der Internationale Sinn und Inhalt geben.

Daß man in den Kreisen der deutschen Arbeiterchaft den Beschluß über die Sigverlegung und seine Ausführung in gleicher Weise beurteilt, zeigen nachstehende Begrüßungsworte der „Gewerkschaftszeitung“ (Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes) und des „Vorwärts“ (Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands).

Die „Gewerkschaftszeitung“ schreibt: „Am 1. Juli d. J. ist die Ubersiedlung des IOB.-Sekretariats von Amsterdam nach Berlin erfolgt. Mit der Ubersiedlung ist außer dem Internationalen Sekretär Schevenels der größte Teil des Personals nach Berlin gekommen. Wir begrüßen das Sekretariat in der deutschen Reichszentrale und erwarten, daß die von mancher Seite gehegten Befürchtungen, das Sekretariat könne allzu sehr unter den Einfluß des deutschen Bundesvorstandes geraten und an seiner Initiative Einbuße erleiden, sich als unbegründet erweisen werden. Dagegen ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Kommunisten unsere gewerkschaftliche Internationale nun nicht mehr als die Richtung Amsterdam, sondern als die Berliner Richtung bekämpfen werden. Als Schild gegen diese Feinde akzeptieren wir gern diesen Ehrennamen und werden uns seiner würdig erweisen.“

„Vorwärts“: „Von heute ab hat der IOB. seinen Sig in Berlin. Der Generalsekretär des IOB., Schevenels, hat

sich in Amsterdam bereits von den Internationalen Berufssekretariaten, die dort ihren Sig haben, und von der Amsterdamer Arbeiterbewegung verabschiedet und seinen Dank für die dem IOB. zuteil gewordene Gastfreundschaft und Mitarbeit ausgesprochen.

Die Sigverlegung des IOB. nach Deutschland wurde im vergangenen Jahre auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress in Stockholm in geheimer Abstimmung mit 55 gegen 30 Stimmen beschlossen, nachdem sich ein: zeitlang gegen Berlin ein starker Widerstand geltend gemacht hatte. Sicherlich hat Berlin eine etwas unruhigere Atmosphäre als Amsterdam. Es liegt aber auch im Brennpunkt bedauerlicher wirtschaftlicher und politischer Bewegungen. Gewerkschaftspolitisch steht der IOB. in Berlin auf bedeutendem Posten. Die Durchsetzung der deutschen Gewerkschaftsbewegung bedeutet mehr als nur die Sicherung der unmittelbaren Interessen der deutschen Arbeiter. Sie bedeutet die Rettung Europas vor alten und neuen Ungeheuern: vor Militarismus, Faschismus und Bolschewismus. Im Sturmsentrum Deutschland wird heute um die Existenz Europas gerungen und damit auch um die Existenz der internationalen Arbeiterbewegung.

Der Sig der internationalen Gewerkschaftsbewegung war von Anfang an Berlin und ihre Leitung lag in Händen von Karl Legien. Der Krieg führte zunächst dazu, in Amsterdam, in den neutralen Niederlanden, eine Zweigstelle des Internationalen Gewerkschaftssekretariates unter der Leitung von Duedegeeit zu errichten, bis dann nach dem Kriege die internationale Gewerkschaftsbewegung, enger als vordem, im Internationalen Gewerkschaftsbund zusammengefaßt wurde, der Amsterdam als seinen Sig beibehielt. Die Ausschaltung Berlins als Sig war weniger aus sachlichen als aus psychologischen Erwägungen erfolgt. Im Laufe der Nachkriegszeit ergab sich, daß Amsterdam auf die Dauer nicht der geeignete Mittelpunkt der Gewerkschaftsinternationale war. Auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress zu Paris trat dies unliebsam in Erscheinung.

Der Sig der Gewerkschaftsinternationale ist an seinen Ausgangspunkt zurückgekommen. Die frühere Personalunion ist fortgefallen. Auch die Gegner der Sigverlegung werden ihre Bedenken gegen Berlin fallen lassen, da das nötige Gleichgewicht durch den Vorzug des englischen Kollegen Citrine und des Generalsekretärs Kollegen Schevenels gewährleistet ist.

Für die deutschen und insbesondere auch für die Berliner Gewerkschaften ist diese Sigverlegung des Internationalen Gewerkschaftsbundes eine verdiente Anerkennung, aber auch eine Ehre, deren Verpflichtungen sie sich bewußt sind.“

„Der ist, wie ich gehört habe, in der Grube. Er sagte mir gestern abend allerdings, daß in der Grube Schlagwetter —“

„Daß den Kerl der Teufel hole! Hat er seine Beobachtungen in den Wetterbüchern eingetragen?“

„Nein, bis gestern abend waren keine Eintragungen vorgekommen.“

„So, Also, Herr Bergverwalter für uns sind nur die Wetterbücher maßgebend, verstanden?“

„Jawohl, Herr Generaldirektor.“

„Wir sind nicht verantwortlich für Dinge, von denen wir keine Kenntnis haben. Bekümmern Sie sich mal um die Geschichte da drunten und geben Sie mir Bericht. Vorerst aber rufen Sie mir ein Militärkommando herbei. Die Polizei da unten ist zu schlapp, und ich bin gezwungen, der Bande dort unten das Maul zu stopfen.“

### Der Kampf, den die Bergarbeiter führen.

darf sich nicht gegen sie selbst, nicht gegen die Beamten richten die unter den gleichen Voraussetzungen zu leiden haben wie die Bergarbeiter selbst, sondern gegen das System.

Der Steiger „Drehhals“ von der Grube Gottes Segen ist nicht schuld an der Katastrophe. Seine Worte: „Ich brauche 230 Wagen Kohlen!“ sind ihm diktiert von einem System. Er war zu rigide dazu, seinen Auftraggebern zu sagen: „Die Sicherheit meiner Leute ist durch solche Forderungen in Frage gestellt.“ Nicht schuld waren die Arbeiter, obgleich sie nicht den Mut besaßen, die an sie gestellte Forderung abzulehnen und den Produktionsprozeß vor ihrem Arbeitspunkte so laufen zu lassen, daß alle erdenklichen Vorsichtsmaßnahmen beobachtet werden konnten. Die Mengezahl von zweihundertdreißig Wagen Kohlen wäre freilich herabgesunken. Die Zahl hätte sich verkleinert. Der Ortsführer und Schießmeister hätten Zeit gefunden, das Ort vor dem Schuß zu untersuchen. Sie hätten gefunden, daß nach den ersten Abblässen sich infolge der Länge des ganzen Ortes das Dachgebirge gesenkt, wenn auch die Senkung nur nach wenigen Zentimetern berechnet werden kann. Sie hätten gefunden, daß das Dachgebirge Risse aufwies. Sie hätten sich erinnert, daß das über ihrem Dachgebirge befindliche Kohlenflöz abgebaut und daß das zwischen den beiden Flözen befindliche Gestein Zwischenmittel nur eine Stärke von einigen Metern hat, daß das abgebaute Flöz Hohlräume besaß, daß sich in diesen Hohlräumen Gase ansammeln. Sie hätten sich erinnert, daß aus den Büchsen (alte Bohrlöcher in hangender Kohle) Gase ausströmt sein konnten. Sie hätten vielleicht auch gefunden, daß durch das Sprengen der Kohle sogenannte Bläser entstanden sind. Sie hätten vielleicht auch daran gedacht, daß die Gase aus den Bläsern, Bohrlöchern und Rissen des Dachgebirges sich konzentrieren konnten. Und sie hätten schließlich auch daran gedacht, daß gerade die Pause der Sammlung der Gase, einer Verbindung mit einem Luftgemisch günstig war und gerade diese Verbindung mit größeren

Zufuhren von Sauerstoff gestört werden mußte, um die Explosionsfähigkeit dieses komprimierten Gemisches zu verhindern.

### Kohlen sind Gold!

Kohlen sind Zeit. Der Schrei nach Kohlen klingt an den Börsen. Der Schrei nach Kohlen pflanzt sich von diesen fort. Dort diktiert ihm konzentrierte Banken, Börsenjobber. Die Aktiengesellschaften, ihre Direktoren vernehmen ihn, sie geben den Schrei an ihre Betriebsleiter und Unterbeamte weiter. Die Bergarbeiter vernehmen den Schrei. Mit hündischer Ergebenheit springen sie den Schreien nach. —

Die heutige Welt entrüstet sich über die Folterqualen eines Mittelalters, über die damaligen Scheiterhaufen einer Inquisition, entrüstet sich über die Bagnoträfänge eines Frankreich Und hier —?

Drei Tage Trauerfahnen! An den Massengräbern salbungsvolle Reden von fettgemästeten Göhendienern des Kapitals. Heuchlerische Ministerreden! Die Börsenjobber und andere greifen in den Geldbeutel, um ihr Gewissen einigermaßen zu beruhigen. Die Mittelwelt staunt ob solcher Opferwilligkeit. Aus dem Hintergrunde tauchen Parasiten auf, stürzen sich auf solche Spenden, sie warten nur auf solche Gelegenheiten. Die gesamte bürgerliche Presse, eng liiert mit dem Kapital, rühmt in hohen Tönen die Warmherzigkeit dieser edlen Samariter, verteidigt zäh die Ansicht, daß alles auf solchen heimgesuchten Gruben getan worden ist, um solche Katastrophen zu vermeiden. Die bereits im Fallen begriffenen Kohlenpapiere an den Börsen zeigen schon wieder die Zeichen des Steigens. Die Aktionäre, Inhaber solcher Papiere, jubeln laut auf. Wie Musik erklingt ihnen die Botschaft von der steigenden Tendenz der Aktienpapiere in die Ohren. In einem neuen Blutauswecheln drehen sie sich wild im Kreise. In hohem Bogen springt der Sekt dann ihnen aus der Quelle. Nie wird die Mittelwelt das Rätsel lösen, das in den Aktien so tief eingehüllt ist! Vernehm die Wahrheit denn, ihr Lören:

Euch scheint das Leben tausendfach als Glück!

Was ist's für uns?

Wir sinken hin als Opfer neuer unheilvoller Mächte nur,

Unsere Seelen schreien auf in wildem Schmerz!

Ihr züchtet Opfer, die mit Schmerzen auf dem Pfuhe einer Hölle enden. Ihr züchtet Opfer, deren Herzen noch blutend an irrenden Weibern und hungernden Kindern hängen.

Eure Aktienbündel sind das Hentereil, worunter eure Opfer enden!

### Die anderen vom Bau.

Wenn ich in den bisherigen Abschnitten die Berufsgefahren, das Leben und Treiben der Bergarbeiter geschildert habe, so kann

ich wohl nicht achtlos an einer Klasse von Menschen vorübergehen, die mit uns unter den gleichen Verhältnissen leben und in gewisser Beziehung auch unter denselben Verhältnissen zu leiden haben, wenngleich von jeher die Grenze zwischen uns und jenen scharf gezogen war: die unteren Bergbaubeamten. Ja, das ist ein Kapitel für sich. Eng umschrieben sind ihre Gelege und Richtlinien. So ist es nicht erst seit heute und vorgestern. So war es schon vor vielen, vielen Jahren. Ein Bergarbeiterdichter sang einmal in seinem Liede:

„Woß Steiger hie, woß Steiger här,  
Spricht gener drauf mit Ruh,  
„Dene fa merch machn wie merich will,  
Die knietchn su wie su.  
Bal is de Strich net gut verzungen,  
Bal stieht dar Bau net racht,  
Ba lis de Zach net gruß genugf,  
Bal sei de Kuhn ze schlacht!“

In allen Versen des Liedes — das ich nicht an dieser Stelle ganz veröffentlichen kann — beleuchtet der Verfasser das Verhältnis zwischen Kumpel und Beamten. Das damalige patriarchalische Verhältnis hat sich jedoch längst überholt. Die Krallen des neuzeitlichen Kapitalismus graben auch den Unterbeamten des Bergbaues tiefe Wunden, und das Verhältnis zu den Arbeitern ist fremder geworden und steigert sich oft bis zur Unerträglichkeit.

Es gab einmal eine Zeit, wo der Drang nach Entfesselung auch bei den Beamten sich bemerkbar machte, das war, als der Sozialisierungsgedanke marschierte. Damals war das gegenseitige Verhältnis ein kameradschaftliches zu nennen. Die politische Entwicklung in Deutschland hat aber die Beamten auf eine andere Bahn geschleudert, sie fühlen sich nicht mehr als Kameraden, die ein gleiches Leid tragen, sie sind Vorgesetzte im wahren Sinne des Wortes geworden, und so mancher frühere Unteroffizier würde sie um ihre Ausdrücke, mit denen sie die Kumpels oftmals belegen, beneiden. Freilich gibt es auch Ausnahmen, aber: „Bist mit dem Teufel auf du und du“, heißt es hier wie im „Foult“, und solche Leute stellt man kalt. Im Zeitalter der Rationalisierung kann man keine Beamten sehen, die ihre Untergebenen als Menschen betrachten, obwohl in der Praxis bewiesen wurde, daß diejenigen Beamten, die mit ihren Arbeitern freundschaftlich verkehrten, in ihrem Leistungsmaß auf ihren Abteilungen höher standen als diejenigen, wo ständig zwischen Beamten und Arbeiterchaft Reibereien vorhanden waren.

Gleiches Leid, gleiche Last und gleiche Gefahren; hinzu kommt noch die Verantwortung, der Schrei nach Kohlen, der von oben herab den Steigern eingedrückt wird, all diese Erscheinungen erzeugen einen Menschenhagel, der, wie der Kumpel selbst, zu wilden Tieren wird oder im Irrenhause enden muß.

(Schluß folgt.)

# HAUS UND LEBEN

## Der Wahn des Krieges.

In größter Not und in Tagen der entsetzlichen Verzweiflung sucht der Mensch nach einem Halt, der ihn und die Seinen vor dem verderbenden Untergang retten soll. So ist es nicht allein heute, so war es schon immer. Und so wie das Suchen und Greifen nach dem Rettungsanker immer mit Einbildung, Phantasie und Uberglauben, das sich oftmals bis ins uferlose steigerte, verbunden war, so ist das auch heute der Fall. Das ist an und für sich richtig. Doch vorbeugen ist die beste Gewähr, um Katastrophen, die Volk und Völker betreffen können, zu verhindern, wenn man die Gefahren frühzeitig erkannt hat. War es nicht August Bebel, der schon lange vor 1914 von dem „politischen Kladderadatsch“ sprach, der da kommen und die ganze Welt in ein Brandmeer verwandeln würde? Damals wurde er vom Bürgertum verlacht und verhöhnt. Wohl hat man die Warnung verlacht, aber sie wurde graufige Tatsache!

Auch andere Stimmen, wie Jean Jaurès in Frankreich, haben auf die kommende Kriegskatastrophe verwiesen. Er, der Mutige und Tapfere, hat es mit seinem Leben bezahlet. Hätten die Völker der Erde die warnenden Stimmen gehört und befolgt, so wären ihr all die Leiden und Nöte erspart geblieben. Aber auch heute will man die warnenden Stimmen nicht befolgen. Wie könnte es sonst möglich sein, daß die reaktionären Kräfte mit ihrem Degengerassel teilweise einen so starken Widerhall in den Völkern finden! Wohl schlißen auch sie vor, keinen Krieg zu wollen. So aber war es auch 1914.

Hungersnot, Pest und Ueberschwemmung sind gewiß böse Mißgeschicke des Lebens, aber das größte Uebel ist und bleibt doch der Krieg. Mit wieviel Nöten und Leiden diese Kriege verbunden waren und immer bleiben werden, das lehrt uns so treffend der Weltkrieg 1914 bis 1918, denn der Krieg mit seinem wahnwitzigen Zerstörungsgeist kennt keine Grenzen. Alles, was sich in den Weg stellt, wird schonungslos und brutal von ihm niedergemäht. Erbarmen und Mitleid ist ihm fremd. Kulturgüter von großer Bedeutung, die das Schaffen und Wirken von Menschenergenerationen darstellen, bleiben von ihm unbeachtet. Blühende Dörfer und Städte, ganze Länderstriche fallen der Zerstörung und Verwüstung anheim. Der kleine Mann mit seiner geringen Habe bleibt nicht davon verschont. Ihn trifft es am härtesten. Sein bescheidenes Dasein wird für ihn und die Seinen zur entsetzlichen Not und Plage. Haus und Hof, durch Mühe und Fleiß erworben, sind ihm geraubt. So zieht er heimat- und obdachlos über Berge und Täler. Unfüt und flüchtig ist er. Sein Auge späht und sucht nach einer anderen Bleibe. Doch vergebens, denn wo sein Auge auch schweifen mag, überall sieht es eine trostlose und wüstenhafte Leere.

Wenn schon der Verlust von toten Objekten schmerzhaft ist, um so schmerzlicher ist aber der Verlust von Menschen. Der Weltkrieg hat nach einer amerikanischen Statistik 19,5 Millionen Tote gefordert. Das soll doch einem jeden für die Zukunft zu denken geben. Wo bleibt da der Sinn des Wortes, daß der Mensch die höchste Krone der Schöpfung sein soll? Wirtschaftlich gesehen, bedeutet der Krieg einen Verlust von 1450 Milliarden Goldmark. Alle Völker haben darunter zu leiden. Und derjenige, der ihn verloren hat, ist der größte Leidtragende, weil der Sieger stets nach dem Gesetz: „Macht geht vor Recht“ dem Besiegten gegenüber handelt. Dieses war schon von Urzeiten her

## Nie wieder Krieg!

### Zum Jahrestag des Weltkrieges.

Der Bauer Schulz vom Schulzenhof zog nach dem Land der Franken, wo Menschen, wild vom Hass gepelzt, im eignen Blut erkrankten. Dort lag des Bauers lieber Sohn, sein einziger, begraben und sollte doch den Schulzenhof als gutes Erbe haben.

Der alte Bauer fand die Gruff, gegraben seinem Kinde. Kein Blümchen spross, nur schlichtes Korn, gesät vielleicht vom Winde. Als er genug getrauert hat, nahm er die reifen Aehren mit nach dem Schulzenhof, der doch des Erben muss entbehren.

Als Saatgut fiel im nächsten Lenz die Kornfrucht in die Scholle, damit sie sich jahraus, jahrein als Saatgut mehren solle. Die Saat gedieh. Mit jedem Jahr vermehrte sich die Habe, bis jeder Halm des Schulzenhofs verwandt war mit dem Grabe.

Der Bauer hegt, der Bauer pflegt des Sohnes gutes Erbe, damit es für das Wohl des Volks und für den Frieden werbe; damit ein jeder, der da schafft, das Brot des Friedens esse und im Verkehr von Volk zu Volk sein Menschtum nicht vergesse.

Oft sieht man ihn in freier Zeit auf einem Hügel sitzen. Er sieht, wenns um ihn wogt und rauscht, Kanonenschlünde blitzen. Er sieht, wie sein geliebter Sohn zerletzt wird und zerrissen. Warum? Weshalb? Das weiß er nicht und wird es nimmer wissen.

Oft sieht man ihn in freier Zeit auf einem Hügel sitzen: Nicht mit Kanonen, mit dem Pflug läßt sich die Welt gewinnen. O möge jedes Volk wie ich das Korn des Friedens säen, dann wird der Atem der Kultur, den Geist befruchtend, wehen.

Die Waffe wird dann nimmermehr sich gegen Menschen richten. Sie wird nicht mehr den Menschenleiss zerstören und vernichten. Die Grenze wird kein Hindernis. Der Hass wird nicht mehr wüten. Dann bricht ein Völkerfrühling an mit ewig jungen Blüten.

Das Kornfeld rauscht. Der Bauer lauscht. Der Wind bestreicht die Aehren. Sie nicken seinen Worten zu, als ob besetzt sie wären. Nie wieder Krieg! So ruft sein Sohn, der in den Halmen geistert. Nie wieder Krieg! Das ist ein Ruf, der einst die Kriege meistert.

Victor Kallnowski.

und wird auch so bleiben. Das heißt: Wenn sich die Menschen in ihrem Geiste nicht umstellen. Denn so lange noch die Phrase von dem „ewigen Krieg der Menschheit“ von den Menschen nachgebetet wird, und daß Kriege von jeher waren und auch bleiben werden, solange wird sich nichts daran ändern! Wie komisch sind doch die Erdenkinder! Ohne Sinn und Verstand beten sie alles nach, wenn es ihnen auch tausendmal zum Schaden gereichte. Rücksichtslos und brutal vergewaltigen sie ihre heiligsten Gebote. Denn war es nicht die gesamte internationale Christenheit, die den Krieg unter sich geführt hat? Haben sie nicht ein Gebot, welches ihnen das Morden und Töten verbietet? O doch! Aber man hat nicht darnach gehandelt! Wer Gebote übertritt, wird bestraft, so verlangt es die heute geltende Strafgesetzbuchordnung. Und da die Schuldigen schwer zu fassen sind, weil sie sich alle hinter dem Schutzhelme „höhere

Gewalt“ verstecken, gehen sie strafflos aus. Das Volk und die Völker haben die Lasten zu tragen. Dadurch sind sie für schuldig erklärt. Die proletarischen Völkerschichten der Erde trinken alle, ohne Unterschied der Rasse und Nation, aus dem bitteren Kelch des Krieges. Die gewaltige Arbeitslosigkeit, die heute über die ganze Erde verbreitet ist, kommt lediglich auf das Konto des Krieges. Darum fort mit allem Zauber der Kriegseromantik! Ueberlassen wir es denen, die sich bis jetzt immer dabei gemästet haben.

Allen Friedensstörern der Welt, ganz gleich unter welchem Deckmantel sie auch weilen, müssen wir das Handwerk legen. Möge sich ein jeder, der vorwärts, für den Frieden zu leben, darin gut tun. Konfessionen und Religionen können und dürfen hier nicht mehr für die Zukunft trennen. Alle Kräfte, die gewillt sind, Gutes und Schönes für den Menschenfrieden auf Erden zu tun, müssen sich zusammenschließen. Darum:

Völker hört die Signale, auf zum letzten Gefecht;  
Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!

W. Höbusch.

## Wenn die Sirene brüllt.

Viele Jahre ist Franz Berg den Weg zur Zechе gegangen. An heiteren Frühlings- und Sommertagen, an Tagen, die dunkel, regnerisch, Schnee und Eis bringend, aus den Nächten emporstiegen. Immer, wenn morgens die Sirenen wild aufheulen, um Tausende aus dem Schlummer zu wecken, sprang Franz Berg pflichtbewußt aus dem Bett, zog sich rasch an, nahm Butterbrot und Kaffeeflasche, warf einen Blick auf seine schlafenden Kinder und ging. Es war immer so, daß Franz schon längst wach war, wenn das Brummen und Pfeifen von nah und fern den Arbeitstag verkündete. In Gedanken war er schon vor seinem Ort in der Grube. So oder so stand die Arbeit, wie er gestern Schicht machte. Heute mußte er das Hangende bohren, abschleifen, die Kappe mit dem Vorkaufeisen verbauen, verlegen und dann Steine laden. Diese oder ähnliche Arbeiten gingen dann durch seinen Kopf, während er noch im Bett lag und auf das Blasen der Sirene wartete.

Doch eines Tages brauchte Franz nicht mehr aufzustehen. Die Grubenbarone brauchten seine Kraft nicht mehr, die er seit 25 Jahre für niedrigen Lohn unter vielen Gefahren verkauft hatte. Dem Franz Berg wurde mit vielen anderen wegen Altersmangel gekündigt. Gestern hatte er die letzte Schicht verfahren. Sorgenfroh ging er nun mit seiner großen Familie einer ungewissen Zukunft entgegen. Franz, der trotz dem mühsamen Lohn in der Arbeit den Lebensinhalt seines Daseins sah, schied wehmütig von seiner Arbeit. Doch was hilft es. Was fragen die Industriekapitäne darnach, Profit und Herrenmacht sind Leitsterne dieser Wirtschaftsordnung. Was kümmert sie das materielle seelische Wohl der arbeitslosen Millionen! —

Die ersten Tage hielt es Franz Berg ganz gut aus. Die bevorstehende Lohnauszahlung von der Zechе sicherten ihm noch eine Woche einigermaßen seine wirtschaftliche „Sicherstellung“. Er ruhete sich einmal richtig aus, half seiner Frau bei der Hausarbeit und spielte stundenlang mit dem kleinen Otto. Jeden Morgen zur gewohnten Stunde war er wach. Dann sah er durchs Fenster, schaute seinen Krumpels nach, die den Weg zur Zechе gingen und blickte nach den Seilscheiben, die regungslos und stumm in den Fördertürmen verharrten bis zur Seilfahrt. Ein heimliches Heimweh nach den dunklen Labirinth der Erdentiefe erfaßte ihn oft. Die Gewohnheit der vielen Jahre, Tag für Tag Kohlen zu gewinnen, Werte für die Gesellschaft zu schaffen, war ihm in Fleisch und Blut übergegangen. Je länger er arbeitslos war, um so wertloser erschien ihm das Leben. Schwer drückten die wirtschaftlichen Sorgen. Von seiner Erwerbslosenunterstützung ging ein gutes Drittel ab für Miete und Brand. Die Kinder mußten Schuhe und Kleidung haben. Franz Berg ist noch rüftig und stark. Seine schweren, breiten Hände suchen nach sinnvoller Betätigung. Oft sitzt er am Fenster, seinen Kopf in die Hände gestützt und denkt an den Widerstand dieser „göttlichen“ Weltordnung. Arbeit und ein anständiges Leben als Mensch, mehr wollen wir Proleten nicht. Und nun dieses drückende Gefühl, zur Untätigkeit verdammt zu sein, wo Körper und Geist nach einem Wirkungsbereich verlangen. Der einfache Handarbeiter, wie es der Bergmann ist, der nur in seltenen Fällen sich geistige Abwechslung verschafft, verlangt nach Arbeit, bei der Hände und Muskeln zur Geltung kommen.

Schneller als Franz Berg es dachte, verfloß das halbe Jahr. Er kam in die „Krise“. Neben der Not, die grausamer und unbarmherziger von Tag zu Tag in den Ecken des Hauses fierte, gefellte sich das deprimierende Gefühl der Untätigkeit und Arbeitslosigkeit des Daseins. Die gute Harmonie zwischen Franz und seiner Frau ging unter in den Wirtschaftssorgen und nervösen Verstimmungen, die die ungewisse Zukunft erzeugte. Farblos und leer reichte sich Tag an Tag ohne Aussicht auf Besserung. Nur die Tage, an denen Franz mit seiner Familie hinaus in die Natur flog, waren besetzt und mit neuen Hoffnungen durchdrungen. Immer aber, wenn morgens die Sirenen laut zur Arbeit rufen, liegt Franz wach. Wie ein Traum, der längst der Seele entflohen und nur noch dunkle Umrisse spiegelt, überkommen Franz die Gedanken an Arbeit, die den Sinn und Wert des Lebens bildet. Wann wird mich die Sirene rufen zu meiner früheren Pflicht als Bergmann? Dauert es noch lange, bald, überhaupt nicht mehr? Flüche springen über die blutleeren Lippen. Flüche drohen gegen die Schote und Fördertürme. „Gebt uns Arbeit und Brot oder unsere Verzweiflung, die der Hunger und die Not nährt, erzeugt Handlungen, die unübersehbare Folgerungen mit sich ziehen.“ So denkt Franz, so denken und fühlen Hunderttausende, die Opfer dieser Wirtschaftsordnung geworden sind.

Alfons Hoffmann.

## Frauenarbeit im japanischen Bergbau.

Im japanischen Bergbau ist die Frauenarbeit noch außerordentlich stark verbreitet. Obwohl seit längerer Zeit Bestrebungen auf Einschränkung im Gange sind, ist es doch bis jetzt nicht gelungen, eine Beschränkung der Beschäftigung weiblicher Arbeitnehmer im Bergbau zu erreichen. Auffallend stark sind darunter die jugendlichen Mädchen unter 20 Jahren vertreten. Unter 56 000 im Bergbau beschäftigten Frauen, über deren Alter nähere Feststellungen vorliegen, befanden sich 15 600 Mädchen unter 20 Jahren, davon waren 8700 Unteragearbeiter. Im Alter bis zu 15 Jahren standen 880 Mädchen, davon arbeiten 425 unter Tage. Insgesamt waren im japanischen Bergbau 1930 rund 300 000 Arbeiter beschäftigt, darunter 65 000 Frauen. Die Beschäftigung von Kindern im Bergbau, die früher sehr stark verbreitet war, ist in den letzten Jahren erfreulicherweise zurückgegangen. Bei einer 1925 durchgeführten Erhebung fand man 468 Jugendliche unter 14 Jahren im Bergbau beschäftigt, davon waren 164 Mädchen. 89 waren unter Tage, 75 über Tage beschäftigt.

Die Beschäftigung von Frauen unter Tage ist im japanischen Bergbau eine alte Sitte, die sich erst allmählich überwinden lassen wird. In den südlichen Bergwerken ist es fast allgemein üblich, daß die Hauer ihre Frauen und Kinder nach der Arbeitsstelle mitnehmen. Deshalb wird auch die Zahl der beschäftigten Kinder wesentlich höher sein, als in diesen offiziellen Statistiken zum Ausdruck kommt.

Die Arbeitszeit ist in den letzten fünf Jahren von 12 auf 10 Stunden herabgesetzt worden einschließlich einer einstündigen Ruhepause. Bis zum Jahre 1926 betrug die Arbeitszeit für Unteragearbeiter 12 Stunden, bei der Revision des Fabrikgesetzes wurde die Arbeitszeit für Frauen und Jugendliche auf 11 Stunden herabgesetzt, eine Verordnung vom Jahre 1928 setzte dann die Arbeitszeit für alle unter Tage beschäftigten Frauen und Männer auf 10 Stunden einschließlich einer einstündigen Ruhepause fest. Nach einer offiziellen Statistik betrug die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit von 20 000 im Bergbau beschäftigten Frauen im Jahre 1928 unter Tage 9 Stunden 31 Minuten ohne Ruhepause und über Tage 9 Stunden 46 Minuten.

Aus den Berichten geht hervor, daß die Ueberstundenarbeit im japanischen Bergbau stark verbreitet ist. Auch wird geklagt, daß die Pausen nicht innegehalten werden. Zwar schreibt das Gesetz vor, daß den im Bergbau beschäftigten Frauen bei sechsständiger Arbeitszeit mindestens 30 Minuten und bei zehnstündiger Arbeitszeit mindestens eine Stunde Pause gewährt werden soll, aber die Ueberstunden sind so zahlreich, daß sich auch die offiziellen Berichte dieser Tatsache nicht verschließen können. Auch beschränkt das Fabrikgesetz die Zahl der zu leistenden Ueberstunden; die Fälle, in denen Ueberstunden zugelassen sind, sind ausdrücklich genannt. Doch hindert auch diese Bestimmung nicht die Umgehung und Einlegung von Ueberstunden, die das zulässige Maß weit überschreiten.

Ueber die Löhne liegen nur spärliche Berichte vor. Nach einer amtlichen Erhebung betrug der durchschnittliche Tagelohn

der im Bergbau beschäftigten Frauen im Jahre 1929 etwa 1,27 Yen oder 2,60 deutsche Mark. Nach einer anderen Erhebung betrug der Tagelohn für Frauen 1,30 Yen, für Männer 1,67 Yen. Es wird bemerkt, daß die Löhne in den Bergwerken niedriger sind als in den Fabriken, sie liegen um etwa 5 bis 10 Prozent unter den Fabrikarbeiterlöhnen. Auch kann nicht übersehen werden, daß die Frauen den Verdienst selten in Geld ausgezahlt erhalten. Im japanischen Bergbau ist noch üblich, daß die beschäftigten Frauen und Mädchen in der Nähe des Betriebes in Baracken untergebracht werden. Dort können sie schlafen und bekommen die Beföstigung. Die Unterbringungs- und Unterhaltungskosten werden vom Lohn abgezogen. In einem Bericht der Arbeitsaufsichtsbeamten heißt es darüber:

„Wenn die jungen Arbeiterinnen in den Schlafhäusern wohnen, unterscheidet sich die Lohnzahlung sehr von den üblichen Verfahren. Zu Beginn ihrer Dienstzeit werden die Löhne einbehalten, um die ihnen vor ihrem Beschäftigungsantritt gezahlten Vorschüsse abzuzahlen. Wenn die Schuld beglichen ist, werden im allgemeinen die Löhne weiter vom Arbeitgeber einbehalten, und die Arbeiterinnen erhalten nur einen kleinen Teil als Taschengeld. Im Bedarfsfalle können die Ersparnisse ganz oder teilweise den Eltern zugestellt werden, oder die jungen Mädchen erhalten ihre gesamten Ersparnisse zurück, wenn sie nach Beendigung der Dienstzeit zu den Eltern zurückkehren. Diese Zustände sind die Folgen der Unterbringung in den Schlafhäusern, die viele Nachteile für die Arbeiterinnen mit sich bringen.“

Dieses System der Unterbringung hat seine Schattenseiten. Zumeist erhalten die Mädchen überhaupt keinen Barlohn, denn bevor sie die Arbeit aufnehmen, haben sie vom Unternehmer Nahrungsmittel, hauptsächlich Reis, bezogen, auf Vorfuß genommen, den sie jetzt abbienen. Häufig werden auch den Eltern der jungen Arbeiterinnen solche Lebensmitteldarlehen gegeben. Dazu kommt, daß der Unternehmer berechtigt ist, für eine von ihm selbst eingerichtete Arbeiterpartkasse den Lohn in einer bestimmten Höhe einzubehalten. Tritt der Konkurs des Unternehmens ein oder arbeitet das Werk mit Unterbilanz, verlieren die Arbeiterinnen ihre Spargroschen. Daß solche Fälle nicht selten sind, zeigen die vielen Klagen der amtlichen Berichte. Neuerdings gehen die Bemühungen auf die Befestigung dieses Sparsystems hin, da die daraus entspringenden Mißstände zu zahlreich sind. Die wirtschaftliche Not und der Druck durch die Unternehmer haben zahllose Arbeitereltern veranlaßt, ihre Kinder schon lange vor Beginn der Arbeit gegen Nahrungsmitteldarlehen zu verkaufen.

Die japanische Industrie und der Bergbau befinden sich in einem heftigen Aufschwung. Die Industrialisierung des Landes macht gewaltige Fortschritte. Die Arbeiter und Arbeiterinnen machen hier jetzt das durch, was die hochentwickelten kapitalistischen Länder bereits hinter sich haben. Daraus ist es erklärlich, daß die japanischen Arbeiterinnen noch gegen Zustände anzukämpfen haben, die bei uns überwunden sind. Auch ist ihre gewerkschaftliche Organisation schwach, sie können den Unternehmern nur geringen Widerstand entgegensetzen.

E. N.

Werbt rafflos neue Streiter dem Verband,  
Platz ist für alle unter seinem Dache!  
Werbt immerzu, erlahmt nicht, agitiert,  
Mag das Ergebnis erst nur wenig bringen,  
Wenn aber stolz die Einigkeit regiert,  
Wird auch das größte Werk gelingen!

### Aus dem Bezirk Köln.

#### Arbeitszeitverkürzung im Braunkohlenrevier.

Am Dienstag, dem 21. Juli 1931, fand unter dem Vorsitz des ständigen Schlichters für das Rheinland, Herrn Oberlandesgerichtsrat Dr. Joetten, die Lohn- und Arbeitszeitverhandlung statt. Es wurde folgendes Ergebnis erzielt:

1. Die bisherige Arbeitszeitregelung bleibt ohne zeitliche Unterbrechung über den 1. August hinaus in Kraft. Sie wird einschließlich des Sonderabkommens vom 13. Februar 1928 zu § 2 Ziffer 5 des Rahmenvertrages und des weiteren Abkommens vom 21. September 1929 (vergleiche die Anmerkung zu § 2 des gedruckten Tarifs) mit Wirkung vom 1. September ab dahin geändert, daß die Schichtzeit sich von 9 Stunden auf 8 1/2 Stunden und die reine Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden auf 8 Stunden ermäßigt. Die Werkleistung kann mit der Betriebsvertretung für den ganzen Betrieb, für einzelne Betriebsteile oder für geschlossene Arbeitergruppen, die an den durchlaufenden Maschinen beschäftigt sind, vereinbarten, daß statt der 8 1/2stündigen Schicht nur eine solche von 8 Stunden verfahren wird; in diesem Falle findet keine Pause statt, und die Belegschaft kann ihr Essen an der Arbeitsstelle einnehmen. Wenn die Betriebsvertretung in einem Einzelfall dem Vorschlag der Werkleitung auf diese Verkürzung nicht zustimmt, so entscheidet letztendlich ein sogenannter Tarifausschuß, der von beiden Tarifparteien mit je zwei Mann besetzt wird.

#### Protokoll-Notiz.

Die Gewerkschaften werden hierbei in jedem Fall, wo die Betriebsleitung die Verkürzung der Schicht auf 8 Stunden vorschlägt, ihre Zustimmung geben.

Diese Arbeitszeitregelung ist erstmalig mit sechswöchiger Frist zum letzten Februar 1932 kündbar und läuft, falls keine Kündigung zu diesem Termin erfolgt, mit derselben Kündigungsfrist jeweils drei Monate weiter.

2. Die zur Zeit geltende Lohnregelung bleibt ohne zeitliche Unterbrechung bis einschließlich 18. Oktober in Kraft. Ueber die weitere Regelung der Löhne wird, ohne daß es einer Kündigung bedarf, Anfang Oktober verhandelt.

Jede der Parteien hat bezüglich des Rahmenvertrages eine Anzahl Abänderungswünsche. Beide Parteien stellen diese mit Rücksicht auf die derzeitigen staats- und wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten in Deutschland zurück. Sie verlängern den an sich zum Ende September 1931 kündbaren Manteltarif bis zum 31. März 1932; wird der Rahmentarif zu diesem Zeitpunkt nicht mit zweimonatiger Frist gekündigt, so läuft er mit der gleichen Kündigungsfrist jeweils ein halbes Jahr weiter.

#### Protokoll-Notiz.

In § 8 Ziffer 6 heißt es vorab statt „so erhält der älteste von ihnen“ usw. nunmehr „so erhält der älteste auf einem Betriebswerk beschäftigte Sohn von diesem Werk zu den seinem Vater“ usw.

Während der Verhandlung wurde nicht nur die wirtschaftliche Lage des linksrheinischen Braunkohlenreviers erörtert, sondern auch die staatspolitischen Verhältnisse mit einbezogen, und auf Grund der gegenwärtigen staatspolitischen Situation der Rahmentarifvertrag, welcher zum 30. September d. J. kündbar war, unter Zurückstellung der beiderseitigen Wünsche und Forderungen, bis zum 31. März 1932 verlängert. In der Arbeitszeitfrage war es möglich, die achtstündige Arbeitszeit zurückzuführen. In der Lohnfrage wurde die Forderung der Arbeitgeber, den Lohn um 10 Prozent und die Familienzulage um 25 Prozent abzubauen, abgewehrt. Wo sind die Realisten, welche 1924 — als wir unter dem Druck der damaligen wirtschaftlichen Situation den Zwölfstundentag in Kauf nehmen mußten — mit der Parole haufierten gingen, daß die Gewerkschaften keinen Zweck mehr hätten, denn die achtstündige Arbeitszeit käme doch nicht mehr zurück? Wenn wir uns auf diese Niesmacher und Beitragscheuen verlassen hätten, dann hätten wir auch heute noch den Zwölfstundentag. Jedenfalls hat die Verhandlung für die Bergarbeiterschaft im linksrheinischen Braunkohlenrevier einen großen Erfolg gebracht; und die Unorganisierten müßten doch endlich begreifen, daß sie ohne die Gewerkschaften die achtstündige Arbeitszeit niemals zurückhalten hätten. Deshalb hinein in den Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands!

### Bezirk Oberschlesien.

#### Die Lage der Elektro- und Autogenschweißer.

Der Bergbauindustriearbeiterverband hatte sämtliche Elektro- und Autogenschweißer der ober-schlesischen Grubenbetriebe zu einer Versammlung eingeladen, um zu den Arbeiten dieser Kameraden auf den Gruben Stellung zu nehmen und eine entsprechende Bezahlung gemäß ihrer bedeutungsvollen und gesundheitschädigenden Arbeit tariflich zu verankern. Darüber hinaus war der Zweck der Versammlung, dieser Berufsgruppe mehr Schutz bei der Ausübung ihrer Arbeit zu erkämpfen. Die Elektro- und Autogenschweißer sind in den letzten Jahren in verstärktem Maße im Grubenbetrieb tätig. Die Modernisierung wie auch die Rationalisierung hatten auch in dieser Weise die Beschäftigung der Elektro- und Autogenschweißer notwendig gemacht. Wie gefährlich dieser Beruf ist, geht daraus hervor, daß auf dem Tegelewerk einmal 200 Sauerstoff-Flaschen explodierten und einen ungeheuren Schaden anrichteten. Auf der Johanneschachtanlage haben sich einige Kameraden bei der Kesselschweißerei vergiftet. Die Tatsache, daß mit Sauerstoff-Flaschen in den Revierabteilungen vor Ort geschweißt wird, beweist schon, welche Gefahr diese Tätigkeit für die gesamte Untertagesbelegschaft in sich birgt. Es ist daher das Bestreben verständlich, daß nicht nur die Schweißer und Autogenarbeiter Wert darauf legen, sondern nur gelernte Arbeiter mit dieser Tätigkeit betraut werden, sondern die gesamte Bergarbeiterschaft besteht darauf, daß auf keiner Grube angelernte oder ungelernete Arbeiter mit den gefährlichen Stoffen zu arbeiten verpflichtet werden. Die auf den Gruben beschäftigten Elektro- und Autogenschweißer sollen eine besondere Prüfung ablegen. Es ist daher unverständlich, daß auf einzelnen Anlagen Arbeiter als Schweißer beschäftigt werden, die diese Prüfung nicht abgelegt oder bestanden haben. In dieser Richtung muß das zuständige Bergrevieramt tätig werden, damit dieser Liebelstand beseitigt wird.

Die versammelten Kameraden forderten für ihre Arbeit Schweißergelöhne, da man nicht verlangen könne, daß sie bei einem Lohn von 5,27 bis 6,03 M. alle zwei Monate einen Anzug, der 15 bis 18 M. kostet, kaufen sollen.

Daß einzelne Gruben die Elektro- und Autogenschweißer in der Gruppe b und c bezahlen, beweist, daß es die höchste Zeit wird, diese Berufsgruppe in eine Lohngruppe besonders zusammenzufassen, damit bei der nächsten Tarifverhandlung für diese Kameraden ein ihrer Arbeit entsprechender Lohn tariflich vereinbart wird. Wenn man bedenkt, daß die Schweißer sehr stark unter Asthmaerscheinungen leiden, daß Augenlicht, Lunge und Luftröhre in ganz kurzer Zeit zerstört werden, dann ist es

## Die National„sozialisten“ sind entlarvt!

### Unternehmeraufrufe gegen Bezahlung. — Sozialismus ist Unfinn.

Die Nazis haben endlich ihre Maske fallen lassen! In einer der kritischsten Stunden, in der mit dem Zusammenbruch vieler privatkapitalistischen Unternehmungen in breiten Volksteilen auch der Glaube an die kapitalistische Wirtschaftsweise zusammenbricht, erweisen sie sich als bezahlte Handlanger des Kapitals. Daß sie nie etwas anderes waren als eine Mittelstandspartei und Gelbenbewegung in besonderer Form, haben wir schon immer betont. Und daß die Hakenkreuzler schon seit langem von reaktionären Unternehmerkreisen unterstützt werden, ist allgemein bekannt. Trotzdem belägen sie bisher die Freiheit, die Unterstützung durch die Unternehmer zu leugnen und jede Geistesverwandtschaft in Abrede zu stellen. In Zukunft werden sie auf dieses Theater und den Volksbetrug verzichten müssen. Sie haben sich nämlich selbst entlarvt. Und das kam so:

In dem Zusammenhang mit den Pleiten verschiedener Großunternehmen und den Niedergangerscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft erließ die Sozialdemokratie einen Aufruf, in dem es unter anderem hieß:

„Die Sozialdemokratie fordert seit Jahren unermüßlich die Stärkung des gemeinwirtschaftlichen Einflusses, die Unterstellung der kapitalistischen Riesenunternehmen unter die wirksame Aufsicht des Staates. Ihre Forderung blieb unerfüllt. Jetzt verlangen die bankrotten Bekämpfer des Marxismus Rettung durch den Staat. Jetzt steht die Reichsregierung für zusammengebrochene Banken gut, jetzt übernimmt sie die Aufsicht.“

In der Stunde höchster Gefahr fordern wir entschlossene Umkehr. Die Selbstwirtschaft der Banken und der Schwerindustrie führt die Wirtschaft in den Abgrund. Ihr muß ein Ende bereitet werden. Staatliche Hilfe ist nur gerechtfertigt, wenn der staatliche Einfluß im Interesse der Allgemeinheit dauernd gesichert bleibt.“

Nicht nur jeder Sozialist, sondern jeder Staatsbürger, der für ein Allgemeinwohl kämpft, wird diese Forderungen unterstützen müssen, da die Steuergroschen des arbeitenden Volkes doch unmöglich zur Rettung und Gesundung privatwirtschaftlicher Betriebe verwandt werden können.

Daß die Unternehmer in dieser entscheidenden Stunde zwischen privater und öffentlicher Wirtschaft um den Fortbestand ihrer Herrschaft und ihrer Machtpositionen kämpfen, ist verständlich. Wie bedroht sie ihre Position sehen, zeigen ihre Abwehrmaßnahmen. Sie haben sich in diesem Falle nicht nur mit einer Gegenunggebung begnügt, sondern einen Aufruf verfaßt, der nicht nur auf den Werken angeschlagen, sondern als teures Informat in allen erreichbaren Zeitungen erschien. Außerdem verfaßte man Flugblätter, die sich ausschließlich gegen die Sozialdemokratie wenden und die man den Arbeitern vielfach als anonyme Schreiben in die Wohnungen sandte. Trotz der angeblich schlechten Geschäftslage mußten also Tausende und aber Tausende Mark zu einer Heße gegen die Forderungen der Sozialdemokratie herhalten.

Subergang 2 - Nr. 100

Einzelzeitung: 15 Hfr.

# Nationalzeitung

Organ der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei

Herausgeber: Josef Terboven

Samstag/Sonntag, 18./19. Juli 1931

## An unsere Angestellten und Arbeiter

Schwere Wirtschaftnot lastet auf allen Schichten der Bevölkerung. Auf äußerster Not beruht die Lebensgrundlage jedes einzelnen. Im Kampf um den wirtschaftlichen Wiederaufstieg sind wir um Jahre zurückgeworfen.

Die in den Dienst politischer Machtbestrebungen gestellten rücksichtslosen Kreditkündigungen ausens unserer Auslandgläubiger haben die Blutleere unserer Wirtschaftskörper vorhänghelvoll offenbart.

Selbst diese Stunde bitterster Not nutzt die Sozialdemokratie dazu aus, parteipolitische Geschäfte zu betreiben, um ihre Selbstherrschaft zu stärken. In einem Augenblick, in dem Werkstellung und Arbeiter mehr denn je auf Geduld und Verdrab zusammengedehnt, ruft sie in einer Kundgebung „An das deutsche Volk“ zu einem

### verhetzenden und zerklüftenden Klassenkampf

auf. Sie will eine Wirtschaftsordnung zerschlagen, die unserer ständig angewachsenen Bevölkerung Jahrzehnte hindurch Arbeit und Brot gegeben hat. Sie will statt dessen wirklichsfremde Parteiprogramme durchführen, deren Erprobung bisher keineswegs gesicherte Einkommen, sondern überall nur Hunger und Elend gebracht hat.

Mit aller Entschiedenheit weisen wir es zurück, daß einzelne von uns selbst auf schärfste verurteilte Auswüchse privatkapitalistischer Betätigung aus durchsichtigen Gründen verallgemeinert und der Gesamtwirtschaft zur Last gelegt werden. Solche unehrlichen Methoden brandmarken sich selbst als ein Versuch, die Schuld auf den anderen abzuwälzen nach dem Motto: „Halbt den Dieb!“

Mit einzelnen Fehlhaltungen und Zusammenbrüchen einer mißhandelten Privatwirtschaft will man die tausendfach größeren Fehler und Mißstände der halbsozialistischen öffentlichen Wirtschaft verdecken.

Es ist nicht wahr, daß das private Unternehmertum nach Rettung durch den Staat und nach der Hilfe des Auslandes ruft.

Wahr ist es und in dem Aufruf der Sozialdemokratie nachzulesen, daß diese der Privatwirtschaft böswillig unterstellten Forderungen ein immer wiederkehrender Programmpunkt der Sozialdemokratie selbst sind.

Nur der entschlossene, von staatssozialistischen Hemmnissen befreite Einsatz der eigenen Kräfte kann die Wirtschaft aus der Not der Gegenwart herausführen.

### Nicht ein Kampf aller gegen alle, der die aufbauwilligen Kräfte lähmt und zerstört, sondern ein Kampf aller für alle

ist dringendes Gebot der Stunde. Nur wenn wir, anstatt gegeneinander zu hetzen, miteinander und füreinander zusammenhalten, dürfen wir hoffen, die deutsche Wirtschaft und damit das ganze deutsche Volk gegen den Ansturm von draußen zu sichern.

#### Verein für die bergbaulichen Interessen

### Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen

#### Nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller

Wie aus vorstehender Kopie hervorgeht, hat das in Essen erscheinende Naziblatt den Aufruf der westdeutschen Industrie groß und breit veröffentlicht. Da der Aufruf als Informat erschien, unterliegt es keinem Zweifel, daß die Nazis für diese Bütteldienste von den Unternehmern bezahlt, vermutlich sogar sehr gut bezahlt werden. Daraus ergibt sich ganz offenkundig, daß die Nazis für ihren Kampf gegen die Sozialdemokratie von den Unternehmern bezahlt werden. Die skrupellosen wortradikalen Wanderröner im national„sozialistischen“ Lager könnten sich nun damit entschuldigen, daß das Informat aus „Versehen“ in die Zeitung gekommen sei. Das ist aber insofern ausgeschlossen, weil in der gleichen Nummer auch in einem Artikel auf den Aufruf Bezug genommen wird, und zwar bezeichnet man ausdrücklich das Vorgehen der Unternehmer als eine richtige Erkenntnis, bei der man nur noch das Handeln vermisst. Erst dann — so heißt es in der Nazizeitung wörtlich — wird die Wirtschaft ihrer neuen Erkenntnis praktisch Raum geben, wenn sie den Mut findet, mit ihrer Arbeitererschaft sich gegen das in Deutschland herrschende offene oder verdeckte marxistische Regime mit der Tat zu wenden.

nicht mehr als recht und billig, daß sie einen Lohn entsprechend der gesundheitschädigenden Arbeit erhalten. Auch verlangen die Elektro- und Autogenschweißer, daß sie im Urlaub den unter Tage Beschäftigten gleichgestellt werden. Die Arbeitszeit soll von 9 auf 8 Stunden herabgesetzt werden, da die Tätigkeit ja größtenteils unter Tage ausgeführt werden muß.

Der Bergbauindustriearbeiterverband wird sich die größte Mühe geben, die gerechten Forderungen dieser Arbeiter durchzusetzen. Notwendig ist jedoch, daß sich die Elektro- und Autogenschweißer zusammenschließen, um so eine stärkere Position gegenüber dem Arbeitgeberverband zu erzielen. Jeder dieser Kameraden hat daher die moralische Pflicht, der Organisation beizutreten, damit zuerst einmal der Mißstand beseitigt wird, daß die Arbeiter aus den Gruppen b und c in die Gruppe a der Facharbeiter aufrücken. Der Differenzbetrag zwischen den Gruppen a, b und c beträgt pro Schicht bald soviel, wie der Wochenbeitrag für den Verband. Würden alle Arbeiter mehr als bisher sich mit der Organisation verbunden fühlen, so würde schon jetzt für viele Kameraden ein bedeutender Vorteil erkämpft werden können. Die Ausführungen der einzelnen Arbeiter bewiesen, daß der Arbeitgeber stets versucht, die Rechte der Arbeiter zu beschneiden. Es ist daher der einmütige Wille, für Einigkeit zu sorgen, damit die gesteckten Ziele erreicht werden.

Um welche Erkenntnis handelt es sich dabei? Zweierlei wird in dem Unternehmeraufruf gefordert: Abschaffung des Klassenkampfes und Beseitigung der staatssozialistischen Hemmnisse. Mit anderen Worten: man will die unbeschränkte privatkapitalistische Verfügungsgewalt. Und dieses Streben der Unternehmer bezeichnen die National„sozialisten“ als richtige Erkenntnis. Das bedeutet, daß sie sich nicht nur vom Unternehmertum bezahlen lassen, sondern daß sie die paar sozialistischen Programmpunkte, die sie zwar gefordert haben, aber immerhin sich zu eigen gemacht hatten, für einen Judaslohn verkauft haben, verkauft haben — in einer Stunde grundlegenden Entscheidung.

Wir haben diesen Sachverhalt gerne ausführlich herausgestellt, weil er mehr als tausend wortradikale Phrasen der Hakenkreuzler eindeutig zeigt, daß es sich bei dieser Bewegung wirklich nur um eine Söldnertruppe zur Rettung des bankrotten privatkapitalistischen Systems handelt. Wir haben es getan selbst auf die Gefahr hin, daß den paar Proleten, die sich bisher mit einem Irrtum und falschen Glauben befangen als Werkzeuge dieser politischen Subjekte gebrauchen ließen, übel wird, wenn sie jetzt augenfällig erleben müssen, wie der Kampf der Hitlerpartei um den Sozialismus in Wirklichkeit aussieht.

### Aus dem Saarrevier.

#### Schafft Frankreich Hilfe für den Bergbau?

Die freien und christlichen Bergarbeiterverbände des Saarbergbaues haben der französischen Regierung einen Notruf der Saarbergarbeiter überreicht. Die Lage für die Saarbergarbeiter verschlechtert sich nämlich immer mehr. Im Monat März wurden nach 23, im April 22, im Mai 21 und im Juni 19 Schichten verfahren. In der gleichen Zeit wurden 822 Bergarbeiter entlassen, während 8 Feiertagschichten und 467 Entlassungen für Juli angekündigt wurden.

Ein verheirateter Bergarbeiter mit einem Kind, welcher den tariflichen Sauerlohn von 38,70 Fr. verdient, hatte im Juni einen Nettolohn von 680,15 Fr., ein mit dem geringsten Schichtlohn über Tage bezahlter verheirateter Arbeiter mit einem Kind einen Nettolohn von 545,52 Fr. Ein jugendlicher Bergmann von 14 bis 15 Jahren verdiente den „fürstlichen“ Nettolohn von 152,02 Fr. im Monat (bei einem Kurs von 6 Fr. für 1 M.). Die Erwerbslosen im Saargebiet müssen gewiß bei den heutigen Bezügen hungern. Die freien Gewerkschaften haben auch wiederholt dargelegt, daß deren Bezüge, besonders für Haushalte mit geringer Kinderzahl, nicht ausreichen, das bescheidenste

Dasein zu fristen. Aber nicht nur der Erwerbslose hungert, sondern auch die Arbeiter in den Betrieben...

In diesen Zahlen spiegelt sich die Not der Saarbergarbeiter! Die Gewerkschaften haben durch Vorstellungsverhandlungen in Paris die französischen maßgebenden Stellen auf diese Zustände aufmerksam gemacht...

Die Vertreter der Gewerkschaften wiesen auf die Anarchie auf dem Kohlenmarkt hin, zu dessen Regelung Frankreich als größtes Kohleneinfuhrland Europas bisher nichts getan habe.

Die Belegschaftsziffer hat um mehrere Tausend bereits die Friedensziffer unterschritten. Der seit Jahrhunderten lebhaft Saarbergarbeiter wird von seiner Arbeitsstelle verdrängt. 15. 20 und 30 Jahre hat er seiner Arbeitspflicht genügt, um nun auf die Straße geworfen zu werden!

Der Staatssekretär Ponce des französischen Ministeriums erkannte die Verpflichtung Frankreichs dem Saarbergbau gegenüber an. Zur Zeit sei die französische Regierung damit beschäftigt, eine Erleichterung für die eigene Kohlenwirtschaft zu erwirken...

Abgehen von der dritten Maßnahme, welche wohl nicht im Handumdrehen erledigt werden kann, da dieselbe auch nicht allein von dem Willen der französischen Regierung abhängt, muß es Frankreich bei einer Kohleneinfuhr von 30 Mill. T. möglich sein...

sein, den eigenen und damit auch den Saarabfab zu verbessern. Eine Befreiung wurde durch den Staatssekretär bereits für August in Aussicht gestellt.

In der Bergwerkskommission der französischen Kammer hat nun die Regierung Erklärungen bezüglich der Behebung der Kohlenkrise abgegeben. Die „Freie Presse“ in Straßburg schreibt darüber:

„Die Regierung habe die Grubengesellschaften ersucht, ihre Produktion um 10 Prozent zu vermindern, während gleichzeitig die Importeure ihren Ankauf im Ausland um 20 Prozent herabsetzen müssen.“

Die angekündigte Maßnahme sieht eine Einschränkung der eigenen Produktion von 10 Prozent vor, welche wohl durch Entlassung von Arbeitern erreicht werden soll.

Die Saarbergarbeiter sind nicht in der Lage bei 19 Arbeitstagen, wie wir eingangs bereits dargelegt haben, ihr Leben zu fristen noch ihre Arbeitskraft zu erhalten.

Die Gewerkschaften rufen deshalb der Regierung zu: „Beleibigt die Feierlichkeiten und Entlassungen! Schafft den Bergarbeitern einen zum Leben auskömmlichen Lohn!“

Alle Zuschriften unserer Mitglieder an die Redaktion, die zur Veröffentlichung bestimmt sind, müssen mit dem Zahlstellenstempel versehen sein. Einwendungen ohne Zahlstellenstempel werden in den Papierkorb.

UNSERE TOTEN

Zahlstelle Cofebran II. Im Juni verlor die Zahlstelle ihre besten Kameraden: Paul Lehmann und Wilhelm Schreier, der durch Sturz in den Winter verunglückte. Zahlstelle Berghofen. Am 25. Juni starb unser Jubilar und langjähriger Unterkasserer Heinrich Dübber an den Folgen eines alten Unfalles.

An die Verbandsmitglieder!

Die langandauernde Wirtschaftskrise hat im Bergbau große Arbeitslosigkeit, Einlegung von Feiertagen und Kurzarbeit verursacht. Dadurch wurden die Finanzen unseres Verbandes auch stark in Anspruch genommen.

Die Mitglieder werden gebeten, die nachstehenden Änderungen des Statuts auszuschnitten und ihrem Statut einzufügen.

Auf Grund des § 33 Ziff. 12 des Verbandsstatuts vom 1. Januar 1931, beschlossen auf unserer Generalversammlung in Breslau 1930, sind in einer gemeinschaftlichen Sitzung des Vorstandes...

des Kontrollausschusses und Beirates unseres Verbandes folgende Änderungen des Verbandsstatutes einstimmig beschlossen worden:

- § 22. Ziff. 1 erhält folgenden 3. Absatz: „Erhalten Streckende, Ausgesperrte oder Gemahregelte aus der Arbeitslosenversicherung oder von anderen Stellen Unterstützung, so erhält das Mitglied die Erwerbslosenunterstützung nach § 30.“

Ausschnitten und aufbewahren!

Table with 2 columns: Wochenbeitrag von, Erwerbslosenunterstützung. Lists contribution rates for different weeks and unemployment levels.

Table with 2 columns: Wochenbeitrag von, Erwerbslosenunterstützung. Lists contribution rates for different weeks and unemployment levels, including a note about § 31.

Unter Tage ist ein guter Begleiter der wüργige und billige. GEG Kautabak aus reinem Kentucky mit feinsten Zutaten.

Sächsische Bettfedern. Fabr. P. Hoyer, Belitzsch 79. Provinz Sachsen, Angerstraße Nr. 4.

Vollständig kostenlos erhalten Sie unseren Schuh-Katalog mit vielen günstigen Kauf-Gelegenheiten, wie z. B. Damen-Spangenschuhe 4,90.

Großer Preisabbau in neuen Gänseleibern mit Daunen, doppelt gereinigt. Preisliste frei Hand-Kastenwagen.

Was Lungenbrante wissen müssen! Durch Verbindung lebenswichtiger Stoffe ist im „Lungenbrante“ ein Mittel mit hervorragender Heilwirkung entstanden.

Öffentlicher Dank! Durch tiefe seelische Erschütterungen, körperliche und geistige Ueberanstrengung erlitt ich einen schweren Schlaganfall.

425 M. Verdienstmöglichkeit pro Monat, eventuell auch Mk. 150.— Gehalt u. 25% Provision bei der Verkauft meiner Spezialitäten.

Henkel's Grundsatz allezeit. Süss und Vollkommenheit! Soeben erschien das Jahrbuch 1930 unsres Verbandes. Es enthält wichtiges Material über Lohn- und Arbeitszeitverträge...